

Protokoll der Sitzung des Kantonsrats vom 30. Januar 2014

Vorsitz:

Kantonsratspräsident Küchler Urs

Teilnehmende:

52 Mitglieder des Kantonsrats; entschuldigt abwesend Keiser-Fürrer Helen, Sarnen, und Reinhard Hans-Melk, Sachseln, den ganzen Tag. 5 Mitglieder des Regierungsrats.

Protokollführung und Sekretariat:

Frunz Wallimann Nicole, Ratssekretärin; Zberg-Renggli Angelika, Sekretärin.

Dauer der Sitzung:

09.00 bis 11.55 Uhr und 13.30 bis 14.15 Uhr.

Geschäftsliste

- I. Verwaltungsgeschäfte
 - 1. Langfriststrategie 2022+ (32.13.17)
 - 2. Kantonsratsbeschluss über einen Objektkredit Engelbergerstrasse (34.13.05)

112

112

126

128

129

- Kantonsratsbeschluss über einen Rahmenkredit für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen (35.13.02). Dieses Traktandum wird nach Ziffer 4 behandelt.
- Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Interparlamentarischen Fachhochschulkomission (IFHK) der Hochschule Luzern (HSLU) 2013 (32.13.18). Dieses Traktandum wird vor Ziffer 3 behandelt.
- II. Parlamentarische Vorstösse
 - Interpellation betreffend Schliessung Schiessplatz und Truppenlager Glaubenberg (54.13.10)
 - Interpellation betreffend angekündigte Aufgabe des Ausbildungsstandortes und Truppenlagers Langis-Glaubenberg durch den Bund per 2017 (54.13.11)
 - Interpellation betreffend sanierte Schwanderstrasse – ein Flickwerk mit Steuergeldern (54.13.12).

Ratspräsident Küchler Urs, Kägiswil (Sarnen) (CVP): Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur ersten Kantonsratssitzung im neuen Jahr. Obwohl heute bereits der 30. Januar 2014 ist, wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen für das Jahr 2014 alles Gute, viel Glück und vor allem Gesundheit.

Seit der letzten Sitzung konnte ich wieder verschiedenste Anlässe besuchen. Ich möchte an dieser Stelle alle Einladungen ganz herzlich verdanken. All diese Anlässe waren für sich speziell und ich habe viele neue Eindrücke gewonnen. Ich möchte drei dieser Anlässe kurz erwähnen, ohne aber die anderen Veranstaltungen zu schmälern.

Erstens das Swiss Jugend-Langlauflager auf dem Glaubenberg respektive im Langis. Als Gast durfte ich die wunderbare Stimmung und die Freude der Kinder aber auch der Erwachsenen miterleben. Ich habe eine Dankeskarte erhalten, auf der mit Stichworten eigentlich alles gesagt wird. Da steht "Spass – Spiel – Spannung", "240 Kinder – 18 Kantone – 60-köpfiges Leiterteam" und "Emotionen – Freude – Begeisterung". Das kommt aus dem Herzen und ich danke allen, die etwas zum swiss-julala 2013 beigetragen haben. Ich hoffe, dass dieses Langlauflager noch lange erhalten werden kann. Denn dieses Jugendlager strahlt weit über unsere Kantonsgrenzen hinaus und es wird bei den Kindern sicher eine Erinnerung an Obwalden bleiben.

Auf der Dankeskarte steht aber auch "Die Truppenunterkunft Glaubenberg - unsere Herzensangelegenheit". Ja, das ist eine Herzensangelegenheit. Teilweise liegen die Emotionen und die Rationalität weit auseinander. Wie wir aus den Antworten der eingereichten Interpellationen aber auch aus der Presse entnehmen können, setzen sich der Regierungsrat, aber auch unser Ständerat Hans Hess und unser Nationalrat Karl Vogler für den Erhalt des Waffenplatzes und der Truppenunterkunft ein. Ich durfte mit André Blattmann, Chef der Schweizer Armee, ein kurzes Gespräch führen und ich habe meine Botschaft zu deponiert. Sie sehen, die Botschafter und Botschaften sind auf dem Weg. Sind wir guten Mutes, dass sie das Ziel nicht verfehlen.

Als zweiten Anlass möchte ich die Internationalen Skirennen Melchsee-Frutt erwähnen. Die beiden neuen Co-Präsidenten Regierungsrat Franz Enderli sowie Kantonsrat Martin Ming wurden gefordert, denn die Wetter- und Schneeverhältnisse waren sehr schwierig. Trotzdem haben sie es zusammen mit einer grossen Helferschaft und auch mit tatkräftiger Mithilfe der Zivilschutzangehörigen von Obwalden sowie mit der Unterstützung von grosszügigen Sponsoren wieder einmal mehr geschafft faire Rennen und einen tadellosen Sportanlass durchzuführen. Auch dieser Anlass strahlt über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus.

Vor dem Rennen am Freitag wurden aber auch einige langjährige OK-Präsidenten und OK-Mitglieder verabschiedet. Diese Leute haben die Internationalen Skirennen Melchsee-Frutt nun über lange Zeit beharrlich aufgebaut und viel Zeit investiert. Diesen abtretenden Personen gehört nochmals ein grosser Dank von uns und ich bitte Regierungsrat Niklaus Bleiker diesen Dank auch allen Personen weiterzuleiten.

Auch erwähnen möchte ich, dass unser Obwaldner Marathonläufer Viktor Röthlin mit einem sehr guten Referat uns motiviert hat, mehr Sport zu treiben und somit auch gesünder zu leben.

Als letzten Anlass ist mir natürlich das gestrige Sinfoniekonzert der Jungen Philharmonie Zentralschweiz im KKL Luzern in bester Erinnerung. Wie diese jungen Musikerinnen und Musiker gespielt haben, war sehr beeindruckend. Dass diese jungen Menschen ihr Instrument beherrschen, können sicher alle hier im Saal bestätigen, welche auch im KKL anwesend waren. Das Orchester der Jungen Philharmonie Zentralschweiz wird gebildet aus Studierenden der Hochschule Luzern, welche wir als Konkordatskanton mitunterstützen. Den Bericht der Interparlamentarischen Kommission werden wir heute noch behandeln.

Wir haben also gestern Abend nicht nur die Arbeit des Departements Musik der Hochschule Luzern kontrolliert, sondern auch die Kultureinrichtung KKL, welche heute auch ein Thema sein wird.

Somit sind wir beim Tagesgeschäft und ich möchte mit dem ordentlichen Ratsbetrieb beginnen.

Am 5. Dezember 2013 verstarb in Kerns alt Kantonsrat Robert Britschgi-Reinhard im 92. Altersjahr. Robert Britschgi gehörte als Vertreter der CVP-Fraktion von 1978 bis 1990 dem Kantonsrat an. Als OKB-Filialleiter brachte er insbesondere seine fundierten Kenntnisse über das öffentliche Finanzwesen in die Ratsarbeit ein, nahm sich aber auch allen anderen Politikbereichen mit ganzer Kraft an. 1986 bis 1998 wirkte er als Präsident der ausserordentlichen Steueruntersuchungskommission (STUK), welche sich mit der damals landesweiten bekannten Obwaldner Steueraffäre zu befassen hatte. Ich möchte Sie bitten, sich von den Sitzen zu erheben und einen Augenblick dem Verstorbenen zu gedenken.

Traktandenliste

Die Einladung und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt und veröffentlicht. Der Traktandenliste wird nicht opponiert.

Traktandum Ziffer 3 wird nach Ziffer 4 behandelt.

I. Verwaltungsgeschäfte

32.13.17

Langfriststrategie 2022+

Bericht und Erläuterungen des Regierungsrats vom 10. Dezember 2013; Antrag parlamentarische Anmerkung der vorberatenden Kommission vom 7. Januar 2014; Antrag parlamentarische Anmerkung der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2014.

Eintretensberatung

Federer Paul, Landammann (FDP): Ich begrüsse ganz speziell als Besucher Thomas Bichsel. Er hat uns in unserem intensiven Prozess moderiert und unterstützt. Selbstverständlich begrüsse ich auch alle anderen Gäste.

1. Einleitung

Mit der heutigen Kantonsratssitzung wird eine neu Ära für die Weiterentwicklung unseres Kantons eingeleitet. Mit der Langfriststrategie 2022+ möchten wir die wichtigen Weichen für die Entwicklung in Obwalden für die nächsten zehn bis zwölf Jahre stellen. Es freut mich, als Landammann Ihnen jetzt ein paar wichtige Weichenstellungen, die zur neuen Langfriststrategie geführt haben, vorzustellen. Ich benutze auch die Gelegenheit, Ihnen die neue Vision bekannt zu geben.

Eine Langfriststrategie soll als Wegleitung der Regierungsratspolitik für circa die nächsten zwölf Jahre dienen. Es handelt sich sozusagen um das langfristige Regierungsprogramm. Die Langfriststrategie steht im Aufgaben-, Kompetenz- und Verantwortungsumfeld des Regierungsrats. Darauf abgestützt werden die folgenden Amtsdauerplanungen erarbeitet. Unser Kanton hat die Langfriststrategie 2012+ erfolgreich gestaltet und nun auch abgeschlossen.

War alles gut? Haben wir die Ziele erreicht? Es gilt zu analysieren, Lücken aufzuzeigen und nach intensiver Arbeit eine neue Langfriststrategie aufzusetzen. Bei einer Bewertung stellt sich die Schwierigkeit, die damalige Langfriststrategie richtig zu beurteilen. Sie muss auf den damaligen Willen abgestützt und beurteilt werden. So gesehen sind die Resultate doch beachtenswert. Auf dieser Auswertung basierend folgt in mehreren Schritten die Langfriststrategie 2022+.

2. Langfriststrategie 2022+

In zehn Politikbereichen gemäss HRM2 sind 22 Leitideen definiert. Dazu geben Stossrichtungen Hinweise, wie und in welcher Richtung diese Leitideen angegangen werden sollen. In der Langfriststrategie 2012+haben wir auch die Massnahmen definiert und damit 12 Jahre gearbeitet. Neu sind die Massnahmen zu den Leitideen Inhalt der jeweiligen Amtsdauerplanungen.

Die nächste Amtsdauerplanung wird umgehend nach der heutigen Kantonsratssitzung angegangen.

3. Ausgangslage

Mit der Langfriststrategie 2012+ hat Obwalden einen sehr grossen Schritt in die Zukunft gewagt und umgesetzt. Viele Schritte haben Obwalden vom hintersten Rang in der Schweiz in eine mittlere Gesamtposition gebracht; bezüglich Steuerkraft beispielsweise von Rang 26 auf Rang 13. Besonders gewirkt hat dabei die Steuerstrategie. Aber auch viele anderen Leitideen und Wirkungsziele haben diese Strategie massgeblich unterstützt. Obwalden ist heute gut positioniert und wir wollen unsere Situation weiter verbessern.

4. Grundziele der neuen Langfriststrategie 2022+

Einerseits muss der bisherige Erfolg weiter entwickelt werden. Dazu gehört Erreichtes zu konsolidieren. Bei all den guten Entwicklungen sind wir gehalten, zu unserem schönen Kanton Sorge zu tragen. Auch diese Entwicklungen gilt es abzustimmen, besonders auf die wirtschaftliche Weiterentwicklung. Sie haben beim Studium der Unterlagen bestimmt an den neuen Leitideen erkannt, dass die erfolgreiche Weiterentwicklung auf verschiedenen Säulen aufgebaut ist.

5. Entwicklung Langfriststrategie 2022+

Die erste Langfriststrategie hat der Kantonsrat am 28./29. November 2002 zusammen mit der Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit der Langfriststrategie 2012+ wurde die Entwicklung des Kantons Obwalden in eine erfolgreiche Zukunft eingeleitet. Dank dieser Entwicklung wird der Kanton Obwalden innerhalb und ausserhalb der Schweiz ganz anders wahrgenommen als früher. Eine Reduktion der Wahrnehmung auf den öfters gehörten Satz "von der Steuerhölle zur Steueroase" wäre allerdings viel zu kurz gegriffen. Stellt die im Jahr 2006 lancierte Steuerstrategie doch nur einen Teil der umfassenden Langfriststrategie 2012+ dar. Die kantonale Richtplanung und die Förderung des Standortes Obwalden sind ebenso wichtige Pfeiler der Gesamtstrategie auf dem Weg, welchen der Kanton Obwalden seit 2002 eingeschlagen hat. Mit dem Begriff "Langfriststrategie 2012+" ist aber auch schon mehr oder weniger deutlich ein "Ablaufdatum" festgelegt. Somit war es notwendig, eine neue langfristige Strategie für die nächsten zehn bis zwölf Jahren zu erarbeiten. Der Übergang von der bisherigen Strategie zur neuen Langfriststrategie 2022+ ist somit der richtige Zeitpunkt. Das Erreichte wird analysiert. Daraus entsprechende Schlüsse sind gezogen worden. Dafür hat der Regierungsrat einen umfassenden Prozess angestossen. Neun ganz- und halbtägige Workshops haben gedient, die neue Vision und die Leitideen zu entwickeln. In den umfassenden Erläuterungen haben Sie das nachvollziehen können. Das aktuelle Umfeld und die künftigen Entwicklungen haben wir in einem grösseren Rahmen beurteilt. Die zu erwartenden Rahmenbedingungen haben die Leitplanken für die Weiterentwicklung des Kantons gesetzt. Mit der neuen Strategie will der Regierungsrat die Erfolgsgeschichte des Kantons weiterführen. Mit der Langfriststrategie 2012+ stand die quantitative Entwicklung des Kantons im Zentrum. So soll mit der Langfriststrategie 2022+ die qualitative Entwicklung gefördert werden. Der Regierungsrat legt ein besonderes Augenmerk:

- auf die Weiterentwicklung der kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt;
- den Erhalt des ansprechenden Landschaftsbildes;
- die Chancen des Kantons aufgrund von seiner einzigartigen Lage im Zentrum unseres Landes.

Wir haben auch das Kader an mehreren Tagungen miteinbezogen. Zudem haben wir die sieben Obwaldner Gemeinden angehört und deren Input eingearbeitet.

6. Unsere neue Vision

OBWALDEN:

- In Traditionen verwurzelt innovativ;
- In einmaliger Landschaft aufstrebend;
- Im Herzen der Schweiz überraschend einzigartig.
 Die dreiteilige Vision zeichnet das Bild des Kantons
 Obwalden im Jahr 2022:
- Der Kanton Obwalden schätzt und fördert seine Traditionen und verfügt damit über ein Fundament für eine kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung in hoher Qualität.
- Der Kanton Obwalden pflegt sein vielfältiges, intaktes Landschaftsbild, bietet damit einen ökologisch nachhaltigen Lebensraum und lässt darauf basierende Entwicklungen zu.
- Der Kanton Obwalden nutzt seine vernetzte Lage im Zentrum unseres Landes und ist damit bevorzugter Wohn- und Wirtschaftsstandort.

Weitere Details können Sie in der Langfriststrategie 2022+ nachlesen. Übrigens: Einen Leuchtturm, wie es die Steuerstrategie ist, suchen Sie heute noch vergebens. 2002 war die Steuerstrategie auch noch nicht geboren. Aus unserem Auftrag, der neuen Langfriststrategie soll es möglich werden, wieder einen Leuchtturm oder gar ein Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln.

7. Leitideen

Wie gesagt, gliedern sich diese in zehn Politikbereiche auf. 22 Leitideen zeigen die Ausrichtung für die nächsten zehn bis zwölf Jahre auf. Die verschiedenen Stossrichtungen sind dazu da, die Wirkung anzugehen. Bestimmt haben Sie die Leitideen gelesen und studiert. Natürlich, wenn Sie Fragen haben, möchten wir diese heute beantworten.

8. Zu den Anmerkungen

Der Regierungsrat hat die Anmerkungen besprochen und wird nicht dagegen opponieren. Allerdings ist zu

ergänzen, dass sich die Anmerkungen als Ergänzungen zu den einzelnen Stossrichtungen richten sollten. Die Anmerkungen sind grundsätzlich in den Leitideen und Stossrichtungen bereits enthalten. Der Regierungsrat wird dies in den Amtsdauerplanungen berücksichtigen. Sollten die Anmerkungen überwiesen werden, dienen diese vor allem als Verstärkung des gegebenen Auftrags.

9. Kommissionsarbeit

Die KSPA hat sich am 7. Januar 2014 intensiv mit der Langfriststrategie 2022+ auseinandergesetzt. Unser Kommissionspräsident, Martin Ming wird Sie anschliessend darüber informieren. Somit schlägt Ihnen der Regierungsrat heute die Langfriststrategie 2022+ vor und beantragt Ihnen, von ihr zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Landammann Paul Federer hat Ihnen die Langfriststrategie 2022+ des Kantons Obwalden vorgestellt. Er hat dies ausführlich und kompetent gemacht. Ich möchte seine Worte nicht ergänzen aber ich befürchte, dass es zu Wiederholungen kommen wird. Es ist mir ein Anliegen, einige Aussagen von Landammann Paul Federer zu unterstreichen und auch im Namen der Kommission eine Würdigung dieser Strategie zu machen.

Kommissionsarbeit

Am 7. Januar 2014 hat die Kommission für strategische Planungen und Aussenbeziehungen die Langfriststrategie 2022+ beraten. Dass es sich bei der Langfriststrategie um ein sehr wichtiges und wegweisendes Planungsinstrument handelt, hat der Regierungsrat damit unterstrichen, indem er an der Kommissionssitzung mit Landschreiber Stefan Hossli in corpore teilgenommen hat.

Landammann Paul Federer hat der Kommission die Vision der Strategie vorgestellt, Landschreiber Stefan Hossli hat das gewählte Vorgehen zur Erarbeitung der Langfriststrategie 2022+ erläutert und die einzelnen Mitglieder des Regierungsrats haben die strategische Leitidee der einzelnen Politikbereiche erklärt.

Im Anschluss an diese Vorstellung hatte die Kommission die Möglichkeit Fragen zur Vision und zu den einzelnen Leitideen zu stellen. Es war eine rege engagierte Diskussion. Die Kommission ist einstimmig auf das Geschäft eingetreten und hat die Erläuterungen zur Langfriststrategie und die Langfriststrategie 2022+ im Detail beraten.

Aus diesem Prozess entstanden letztendlich die beiden Anmerkungen auf dem Antrag der KSPA vom 7. Januar 2014.

Heute haben wir die Möglichkeit zur Langfriststrategie 2022+ Anmerkungen zu machen. Zwei Anmerkungen liegen auf dem Antrag der KSPA vor und eine weitere Anmerkung wurde im Vorfeld von der FDP-Fraktion eingereicht. Es können keine Änderungsanträge gestellt werden, da wir die Strategie 2022+ mit dem Kantonsratsbeschluss nicht beschliessen, sondern zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Langfriststrategie 2022+

Die Beschlussfassung über die Langfriststrategie 2012+ liegt fast 12 Jahre zurück. Die Langfriststrategie mit ihrer Vision "Der Kanton Obwalden ist wohnattraktiv, wirtschaftsdynamisch und optimal vernetzt", wurde damals vom Parlament gut aufgenommen. Es war die erste Strategieplanung, die der Kanton Obwalden in dieser Form vorlegte. Der Kanton Obwalden war einer der ersten Kantone, welcher eine solche Strategie erarbeitete.

Man begab sich damals auf "Neuland". Aus den eher offen formulierten Ideen wurden konkrete Ziele ins Auge gefasst, Massnahmen definiert und diese auch umgesetzt. Die Strategie und die Vision wurden gut und mit Weitsicht und auch mit Mut umgesetzt. So wurde die Strategie zum Erfolg. Nicht bei jeder Idee war der Erfolg im Voraus zu erahnen. Aufgrund der Umsetzung der einzelnen Ideen hat sich der Kanton in vielen Bereichen positiv verändert. Der Kanton wurde von innen aber insbesondere von aussen mit der Zeit ganz anders wahrgenommen. Die Aussage aus einer Beurteilung aus externer Sicht "Der Kanton ist wieder jemand" kann ich zweimal unterstreichen. Ohne jedes Rating und jede Rangliste aufzuzählen, dürfen wir feststellen, dass der Kanton sich in vielen Bereichen massiv verbessert hat. Der eingeschlagene Weg führte zum Erfolg.

Es ist heute sicher richtig, dass die vorliegende Langfriststrategie 2022+ die vorgängige Planung aufnimmt und weiterführt, respektive weiterentwickelt. Die Langfriststrategie 2022+ orientiert sich hauptsächlich an qualitativen Merkmalen. Die Quantität tritt gegenüber früher etwas in den Hintergrund. Die Strategieplanung ist nicht mehr Neuland. Die detailliert erarbeiteten Analysen, die Beurteilung der Ideen, die Beurteilungen von aussen sprechen dem bisher eingeschlagenen Weg ein sehr gutes Zeugnis aus. Man kann den bisherigen Weg weiterführen.

Die Vision:

- Obwalden in Traditionen verwurzelt innovativ;
- In einmaliger Landschaft aufstrebend;
- Im Herzen der Schweiz überraschend einzigartig.
 Ist offen formuliert. Es werden die grossen Leitlinien aufgezeigt. Mit den strategischen Leitideen wird die Vision in allen Politikbereichen etwas konkreter.

Insgesamt können heute keine weiteren Alleinstellungsmerkmale aufgezeigt werden. Auch sogenannte Leuchttürme sind noch nicht zu sehen, das muss aber auch noch nicht sein. Es ist wichtig, dass die Langfriststrategie 2022+ die nötigen Gestaltungsräume bietet. Gestaltungsräume, die gefüllt und ausgeschmückt

werden können. Dazu braucht es Kreativität, Gestaltungswille und Herzblut. Auch das hat der Regierungsrat, wie er bei der Umsetzung der abgelaufenen Strategie bewiesen hat. Wir wünschen ihm dies auch in Zukunft mit der neuen Strategie.

Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass die Langfriststrategie 2022+ ein sehr wichtiges und gutes Planungsinstrument ist. Sie ist überzeugt, dass die Strategie den nötigen Gestaltungsfreiraum aufweist, und dass die Strategie den Weg des Kantons Obwalden, der von Erfolg begleitet ist, weiterführen kann. Wir dürfen auf die Umsetzung gespannt sein!

Zum Schluss danke ich dem Regierungsrat, dem Landschreiber und allen Beteiligten ganz herzlich für die Weitsicht, die Ausdauer und die konsequente Zielverfolgung bei der Umsetzung der bisherigen Langfriststrategie. Ich danke dem Regierungsrat, dem Landschreiber und allen Beteiligten für die grosse Arbeit, die sie mit viel Herzblut zugunsten der neuen Langfriststrategie erbracht haben. Wir sind auf einem guten Weg und dies gebührt auch einer Gratulation.

Im Namen der Kommission beantrage ich Ihnen, auf die Langfriststrategie 2022+ einzutreten und diese zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Das Gleiche beantrage ich Ihnen im Namen der FDP-Fraktion-Fraktion.

Omlin Lucia, Sachseln (CVP): Nachdem der Landammann Paul Federer und Kommissionspräsident Martin Ming schon eingehend über den Inhalt, das Vorgehen und die Kommissionsarbeit berichtet haben, beschränke ich mich im Rahmen des Eintretens auf eine grundsätzliche Würdigung der Langfriststrategie 2022+ des Kantons Obwalden.

Die uns vom Regierungsrat vorgelegte Langfriststrategie 2022+ des Kantons Obwalden überzeugt die CVP-Fraktion einerseits vom gewählten Vorgehen der Erarbeitung und andererseits – und das ist schlussendlich zentral – auch vom Inhalt her.

Was das methodische Vorgehen anbelangt, so war es zur Entwicklung der vorliegenden neuen Strategie zentral, in einem ersten Schritt in die Vergangenheit zu schauen und die Umsetzung der Langfriststrategie 2012+ zu analysieren und in diese Analyse auch eine Aussensicht einfliessen zu lassen. Nur so war es möglich, die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit zu ziehen, um erfolgreich in die Zukunft zu gehen.

Der Regierungsrat strebt die Vision an,:

- Obwalden in Traditionen verwurzelt innovativ;
- In einmaliger Landschaft aufstrebend;
- Im Herzen der Schweiz überraschend einzigartig.
 Damit hat er sozusagen den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Vision beschreibt mit wenigen Worten das, was unseren Kanton so einzigartig und anziehend

macht und wofür es sich lohnt, sich in denn kommenden Jahren politisch zu engagieren.

Was die strategischen Leitideen und die einzelnen Politbereiche anbelangt, so bilden diese nach Ansicht der CVP-Fraktion eine gute Grundlage, der Vision ein oder auch mehrere Schritte entgegen zu kommen und sie hoffentlich auch zu erreichen. Dem Regierungsrat ist es unseres Erachtens sehr gut gelungen, die Schwachpunkte beziehungsweise die Problembereiche der letzten Jahre herauszuschälen und aufzunehmen. Wenn ich auf die Verabschiedung der Langfriststrategie 2012+ im Winter 2002 zurückblicke, als ich selber auch dabei war, und die Entwicklung betrachte, sind wirklich die entscheidenden Punkte aufgeführt.

Zusammengefasst: Die CVP-Fraktion erachtet die Auswahl als sehr gut und kann hinter dieser stehen. Mit Spannung erwarten wir, wie, das heisst mit welchen Massnahmen der Regierungsrat diese einzelnen strategischen Leitideen umsetzen möchte und wie die entsprechenden Schwerpunkte gelegt werden.

Wenn man die Medienberichterstattung über die Langfriststrategie 2022+ angeschaut hat, so war augenfällig, dass ein "weiterer" grosser Wurf erwartet wurde und dieser gemäss Auffassung der Schreibenden nicht enthalten sei. Landammann Paul Federer sprach vorhin von einem Leuchtturm, welcher auch seiner Ansicht nach, nicht enthalten sein kann. Dies sehen wir ganz anders. Für uns enthält die zu diskutierende Langfriststrategie einen solch erwarteten grossen Wurf, einen Leuchtturm, auch wenn man dies vielleicht nicht gerade auf den ersten Blick sieht. Der Strategie ist zu entnehmen, dass der Regierungsrat auf Qualität setzt und so die Langfriststrategie 2012+ konsolidieren möchte. Das Erreichte soll erhalten und optimiert werden. Als zentrales Beispiel picke ich die Aussagen zur einzigartigen Landschaft heraus. Sie soll bewahrt werden, aber gleichzeitig soll eine innovative Weiterentwicklung möglich sein.

Meinen Ausführungen konnten Sie zweifelsohne entnehmen, dass CVP-Fraktion von der gewählten Langfriststrategie 2022+ überzeugt ist und mit dem Regierungsrat diesen Schritt in die Zukunft beschreiten möchte. Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen, auch auf diesem Weg mitzukommen, auf das Geschäft einzutreten und von der Langfriststrategie 2022+ zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Abschliessend danke ich im Namen der CVP-Fraktion allen Personen, die an der Erarbeitung der Langfriststrategie 2022+ mitgewirkt haben.

Wechsler Peter, Kerns (CSP): Unter dem Begriff "Strategie" werden in der Wirtschaft klassisch die meist "langfristig geplanten Verhaltensweisen" von Unternehmen, zur Erreichung ihrer Ziele verstanden. In diesem Sinne zeigt die Unternehmensstrategie in der

Unternehmensführung, auf welche Art ein mittel- oder langfristiges Unternehmensziel erreicht werden soll. Diese klassische Definition von Strategie wird heute vor allem aufgrund ihrer Annahme der Planbarkeit kritisiert. Sie hat darum ein paar Erweiterungen erfahren, wie das zum Beispiel vom Henry Mintzberg, einem kanadischen Professor für Betriebswirtschaftslehre und Management, beschrieben wird.

Henry Mintzberg kommt zum Schluss, dass es wahrscheinlich keine rein von aussen gesteuerte Strategie gibt, genau so wenig, wie es rein geplante Strategien gibt. Strategien befinden sich in einem gleitenden Kontinium zwischen rein geplanten und völlig emergenten Strategien. Das Wort heisst: von innen herauswachsend.

Nur wenn es einen emergenten Anteil an Strategie gibt, kann es auch ein strategisches Lernen geben. Henry Mintzberg fordert, dass der Prozess der Strategiefindung mehr in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden muss, um die umfangreichen Ergebnisse über den Inhalt von Strategie zu ergänzen. Das hat der Regierungsrat getan.

Er schliesst seine Ausführungen mit der folgenden Beobachtung ab: "Unsere Schlussfolgerung ist, dass die Strategie auf zwei Beinen gehen muss – ein vorsätzliches und ein emergentes. Das relative Gewicht mag sich von Zeit zu Zeit von der einen zur anderen Seite verschieben, nicht aber die Notwendigkeit, beide Seiten dieses Phänomens zu beleuchten."

Diese schon fast philosophischen Gedanken zum Strategie-Verständnis, haben mich angesprochen und ich meine, dass diese Auffassung auch den Überlegungen des Regierungsrats zu Grunde liegen. Die vorliegende Langfriststrategie 2022+, mit seinen Visionen und den Leitideen, sind so formuliert, dass sie einerseits eine Richtungsweisung vorgeben, andererseits aber Raum lassen, für Neues, für Sachen, die erst entstehen, wenn wir uns auf dem Weg befinden.

Das Einstellen der Flughöhe, die ein Mass an Lernen und Entwicklung erlaubt, andererseits aber auch klar Orientierung schafft, das ist aus meiner Sicht optimal gelungen. Diese Mischung zwischen realen, konkreten Zielsetzungen und erahnten, ersehnten Zuständen, macht es aus, dass wir uns bei der Auseinandersetzung mit diesem Strategiepapier angesprochen, inspiriert fühlen.

Ein Beispiel dazu, es heisst: "Der Kanton Obwalden schafft Voraussetzungen für familienfreundliches Leben und Arbeiten." Die Zielrichtung ist klar gegeben: Familienfreundliches Leben und Arbeiten, anderseits ist der Weg dazu offen, sodass wir am liebsten unsere eigenen Ideen einbringen würden. Was daraus erwächst, allenfalls an neuen Strategien, bleibt offen. Das ist die Emergenz, welche erwachsen kann. Es

braucht diesen Mix. Dieses Spannungsfeld an nüchterner Realität und illusionistischer Zielsetzungen.

In diesem Sinne gratulieren wir dem Regierungsrat, dass er sich der Wichtigkeit dieses Instrumentes bewusst ist und diesen grossen Aufwand geleistet hat. Ist es doch ein Instrumentarium, das uns in der politisch inhaltlichen Ausrichtung auf die nächsten Jahre hin einen klaren Orientierungsrahmen bietet und so angelegt ist, dass es die Amtsdauer vom Regierungsrat, aber auch vom Kantonsrat überdauert.

Das Parlament hat heute die Möglichkeit, die Langfriststrategie, diesen Grundlagenbericht zur Kenntnis zu nehmen, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen oder Anmerkungen zu machen.

Ich möchte zwei Bemerkungen zur Langfriststrategie 2022+ machen:

- Im Blickpunkt der neuen Langfriststrategie 2022+ steht das qualitative Wachstum, nicht mehr nur das quantitative im Vordergrund. Wobei das eine das andere natürlich begünstigen wird. Ich denke da an die Weiterentwicklung der kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt, der Erhalt des ansprechenden Landschaftsbildes, die Chancen des Kantons, aufgrund seiner einzigartigen Lage im Zentrum von unserem Land.
 - Selbstverständlich hat die zunehmende Attraktivität unseres Kantons auch Wachstum zur Folge. Wichtig aber ist diese Entwicklung, das Wachstum erfolgt mit und primär für die Obwaldner Bevölkerung.
- Die Methodik ist nach Politbereichen gewählt. Somit ist sichergestellt, dass alle Departemente für die nächsten zehn Jahre mit der Strategie befasst sind. Die andere Methodik, die sich an langfristigen Schwerpunkten orientiert, hätte unter Umständen andere Themen hervorgebracht. Doch dazu hat der Kantonsrat ja die Möglichkeit, Anmerkungen anzubringen.

Ein Thema, das die Kommission einstimmig als Anmerkung unter dem Politikbereich 5, Soziale Sicherheit, aufgenommen hat, ist die Altersthematik. Die Gemeinden sind nicht in der Lage, für sich alleine die Fragen rund um das Alter adäquat zu beantworten und entsprechende Angebote zu machen. Das ist nicht abwertend gegenüber den Gemeinden gemeint. Das liegt in der Natur der Sache. Ein gutes Miteinander in unserem kleinen, überschaulichen Kanton, verspricht bei dieser Aufgabenstellung vielmehr, als die Summe aller Einzelteile. Diese koordinative Aufgabe muss beim Kanton angesiedelt sein und in die Strategische Planung, die Langfriststrategie 2022+ einfliessen. Dieser Weg - wir haben nun schon mehrmals im Parlament darüber gesprochen - ist vom Regierungsrat nicht bestritten, ist aber in der Formulierung, wahrscheinlich wegen der gewählten Methodik, nicht als

strategische Leitidee aufgenommen worden. Mit der Anmerkung geben wir diesem Thema "Alter" die Bedeutung, die es in nächster Zukunft erhalten muss.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich es nicht unterlassen, im Namen unserer Fraktion dem Regierungsrat für diese grosse Arbeit, für dieses wichtige Führungsinstrument ganz herzlich zu danken. Wir sind überzeugt, dass dieses Instrument uns hilft, dass sich der Kanton in eine gute Richtung entwickeln wird und die politischen Parteien sich auf dieser übergeordneten Ebene auf einer Konsensebene zusammenfinden können, was sich schlussendlich zum Wohl für Land, Volk und Leute positiv auswirken wird.

Die CSP-Fraktion nimmt mit grosser Überzeugung zustimmend Kenntnis von der Langfriststrategie 2022+ mit den beiden Anmerkungen der KSPA. Betreffend der der eingereichten Anmerkung der FDP-Fraktion hat in unserer Fraktion zu Diskussionen geführt und kein einheitliches Bild ergeben.

Wildisen Nicole, Sarnen (SP): Die in der Langfriststrategie 2022+ festgehaltene Stossrichtung ist richtig und gut. Es ist richtig und wichtig, dass jetzt das Schwergewicht nicht mehr auf Quantität, sondern auf Qualität gesetzt wird. Obwalden soll nämlich weiterhin Obwalden bleiben.

Die Strategie ist sehr allgemein formuliert, konkrete Schritte sind nicht aufgeführt. Die Ausgestaltung ist also sehr offen. Die SP-Fraktion hofft, dass dieser Handlungsspielraum auch richtig umgesetzt wird. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die von der Kommission gemachte Anmerkung, dass den Kulturflächen besondere Beachtung zu schenken ist. Das kostbare Kulturland darf nicht unbegrenzt verbaut werden.

Ebenso unterstützen wir die Anmerkung zu einer ganzheitlichen Altersvorsorge. Innovative Wohnformen und Unterstützungleistungen im Alter sind sehr wichtig und müssen gut und richtig geplant werden. Zu diesem Thema gehört auch eine bedarfsgerechte Pflege im Übergang zwischen Spital, Daheim und Betagteninstitution. Das ist ein Thema, an dem wir in den nächsten Jahren arbeiten müssen.

Im Weiteren ist es der SP-Obwalden sehr wichtig, dass Obwalden nicht zum Transitkanton wird. Das ist ein Thema, an dem die SP-Obwalden schon länger aktiv ist. Die SP-Fraktion hat in diesem Zusammenhang auch sehr grosse Bedenken zur Umfahrung Kaiserstuhl, das heisst zum Kaiserstuhltunnel. Aus diesem Grunde wird sie den Antrag von der FDP-Fraktion, dass der Ausbau vom Strassennetz nicht zur Förderung des Transitverkehrs führen soll, überzeugt unterstützen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Kantonsratsbeschluss zu.

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Mit den formulierten Leitideen der Langfriststrategie 2022+ kann sich die SVP-Fraktion grossmehrheitlich einverstanden erklären. Es gibt einige wenige Punkte, welche wir eher kritisch beurteilen, so zum Beispiel die Leitidee 5.3, zweiter Absatz: "Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Bevölkerung." Es ist natürlich gut, dass in diesem Punkt Bestrebungen gemacht werden. Wenn wir das Wort Weiterentwicklung lesen; bedeutet das staatlicher Mehraufwand. In diesem Bereich sind wir der Ansicht, muss die Hauptbemühung von den zu Integrierenden selber kommen und nicht noch mehr Effort vom Staat geleistet werden.

Es gab auch Punkte, die uns gefehlt haben. Ich habe in der Kommission bemängelt, dass ein sehr wichtiger Ansatz im Politikbereich 7, Umweltschutz und Raumordnung fehlt. Gemäss diesem Politikbereich 7 will unser Regierungsrat die Verknappung des Bodens bekämpfen, obwohl die Verknappung eine natürliche Tatsache ist. Der Boden ist nicht vermehrbar. Es ist doch logisch, je mehr wir davon verbrauchen, umso knapper wird der Boden. Das weiss doch jedes Kind. Man schreibt dies in die Strategie, das tönt schön aber an den Tatsachen wird nichts geändert. Mir fehlt in Punkt 7 eine klare Aussage zu einem wirkungsvollen Schutz der landwirtschaftlichen Kulturflächen.

Ich beantrage Ihnen daher, der Anmerkung gemäss Antrag der KSPA vom 7. Januar 2014 zuzustimmen. Das Schweizer Volk hat im Jahr 2013 das revidierte Raumplanungsgesetz angenommen, in welchem der Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen ein Kernelement ist. Unser Land verfügt gerade noch über fünf Aaren ackerfähiges Land pro Einwohner. Zum Vergleich: Deutschland und Österreich haben 16 Aren, Frankreich hat 29 Aren, die USA 55 Aren und Russland 86 Aren ackerfähiges Land pro Einwohner. Angesichts dieser bitteren Zahlen belegten Flächenarmut enttäuscht es mich umsomehr, dass der Regierungsrat nicht auf die Idee kam, eine Leitidee dazu zu formulieren. Schliesslich haben wir auch einen Agraringenieur im Regierungsrat.

Zur Erinnerung: Wir haben in den letzten 50 Jahren mehr Fläche verbraucht als alle Generationen vor uns. Stimmen Sie der Anmerkung zu, weil es sich um eine Notwendigkeit handelt, weniger wertvolle Fläche zu verbauen. Es ist wichtig zu erwähnen, dass Sie dies nicht für die Landwirtschaft tun; für die vier bis zehn Prozent Bevölkerung, welche in diesem Sektor tätig sind. Es ist uns auch bewusst, dass diese Wertschöpfung, rein finanziell, von diesem Wirtschaftzweig verschwindend klein ist gegenüber anderen Wirtschaftszweigen. Es geht um die Ernährungssicherheit der gesamten Bevölkerung. Wenn die Güterströme aufgrund teuerer Energiepreise aufschlagen, dann spielt es umsomehr eine Rolle, dass Nahrungsmittel vor Ort

produziert weden können. In einem Kanton, wie Obwalden, wo die Ackerflächen gering sind, müssen wir diese wenigen Flächen erhalten.

Ich fordere den Regierungsrat auf, wenn dieser Anmerkung zugestimmt wird, diese wie in vergangener Zeit, nicht nur wie eine Floskel zu behandeln. Bei der Anmerkung gemäss Antrag der KSPA Punkt 5 wird die SVP-Fraktion ebenfalls zustimmen. Die Anträge der FDP-Fraktion werden von der SVP-Fraktion nur teilweise unterstützt.

Gesamthaft ist die SVP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zur Langsfriststrategie 2022+.

Federer Paul, Landammann (FDP): Ich habe noch eine kurze Bemerkung zum Votum vom SVP-Fraktionssprecher Peter Seiler.

Punkt 5.2

Weiterentwicklung von schulergänzenden Angeboten Man muss sehen, dass es da bei um Personen geht, die bei uns wohnen und aufwachsen. Wenn man die Förderung der Jugendlichen und auch Erwachsenen nicht entsprechend weiter pflegt, heisst dies nicht einfach Mehrkosten. Schlussendlich sind es wahrscheinlich weniger Kosten. Wenn man Nichts oder mit diesen Massnahmen aufhören würde, hätte man diese Menschen bei der Sozialhilfe mit aussichtslosen Chancen.

Kulturflächen

Ich kann Ihnen versichern, dass wir mit der Raumplanung und auch mit der Erneuerung der Richtplanung welche folgen wird, diesem Aspekt Rechnung tragen werden.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

0 Allgemeine Verwaltung

Strasser André, Giswil (FDP): Ich möchte mich zur strategischen Leitidee 0.1 und 0.2 äussern:

Leitidee 0.1

"Der Kanton Obwalden fördert die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und unter den Gemeinden durch fachliche Unterstützung, sinnvolle Aufgabenteilung und Kantonalisierung von Aufgaben bei ausgewiesenem Bedarf."

Was bedeutet dies? Das bedeutet eine Verschiebung des Know-Hows zum Kanton und der Aufgaben zum Kanton. Ob dies gut oder schlecht ist, möchte ich hier nicht werten aber es führt zu einer Schwächung der Gemeinden. Es ist unbestritten, dass dieser Trend vorhanden ist, aber woher kommt dies eigentlich? Auf Bundesebene werden immer komplexere Gesetze

verabschiedet und in vielen Bereichen wird eine unnötige Professionalisierung gefordert.

In jüngster Vergangenheit betraf dies der Sozialbereich. Die verlangte Professionalisierung verunmöglichte es den Gemeinden, diese Aufgabe selbständig weiter zu erfüllen. Als Konsequenz hat sich die Kantonalisierung angeboten. Ich wage zu behaupten, dass diese Lösung nicht zu pragmatischeren und besseren Lösungen führt, sicher nicht zu günstigeren Verfahren. Zudem herscht nun in diesem Bereich der unschöne Zustand, dass der Kanton ausführt und die Gemeinden zahlen. Das ist ein klarer Einschnitt in die Gemeindeautonomie.

Auch bei der Bildung - zuletzt bei den Voraussetzungen für die integrale Schulung - haben wir eine solche unschöne Entwicklung.

Ich würde mir deshalb wünschen, dass der Kanton bei seiner strategischen Leitidee diesem Umstand vor allem bei der Umsetzung auch Rechnung trägt und solchen Entwicklungen auch versucht entgegen zu treten.

Strategische Leitidee 0.2

Sie definiert die Beziehungen vom Kanton Obwalden gegenüber dem Bund und der anderen Kantone. In diesem Bereich könnte man sich vorstellen, als Bestandteil dieser Zusammenarbeit auch das Bilden von Allianzen gegen solche Entwicklung zu verstehen. Sonst besteht die Gefahr, dass bei der nächsten Langfriststrategie Gemeindefusionen ein Thema sein könnte

2 Bildung

Hainbuchner Seppi, Engelberg (SP): Ich begrüsse es sehr, dass der Bildungsstandort Engelberg mit der Stiftsschule und der Sportmittelschule in die Langfriststrategie 2022+ aufgenommen wurde und speziell erwähnt ist. Es sind zwei Institutionen, welche für Engelberg sehr wichtig sind. Die Stiftsschule ist für das Kloster wichtig und die Sportschule ist für Engelberg und junge Sporttalente wichtig. Zur Sportmittelschule möchte ich ergänzen, dass insgesamt elf, davon sieben ehemalige Sportmittelschüler und vier aktuelle Sportmittelschüler an der Olympiade 2014 in Sotschi teilnehmen.

Das zeigt uns, dass die Aufnahme dieser zwei Institutionen in die Langfriststrategie 2022 + richtig und auch wichtig ist.

4 Gesundheit

Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Zu Punkt 4.2, Ausbau eines zweiten gesundheitspolitischen Kompetenzzentrums neben der Grundversorgung mit einem starken Partner, habe ich einerseits eine Befürchtung und andrerseits eine Frage. Ein Ausbau in der medizinischen Versorgung heisst immer auch, dass dieser kostentreibend ist. Unsere Befürchtung ist, dass dies anschliessend auch entsprechend Auswirkungen auf die Prämienverbilligung haben könnte.

Wenn mich ein Mitglied des Regierungsrats beruhigen kann, wäre mir das recht und auch in Ordnung.

Wallimann Hans, Regierungsrat (CVP): Es geht darum, dass wir den Standort Sarnen für die Grundversorgung langfristig sicherstellen können. Damit wir dies in einer guten Art tun können, braucht es vermutlich Kooperation. Dies trägt dazu bei, dass wir ein Standbein haben, welches den Standort Sarnen in der Grundversorgung zusätzlich sichert.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass die Krankenkassenprämien nicht steigen würden. Die Krankenkassenprämien steigen sowieso, weil das Gesundheitswesen Mehrkosten generiert. Einserseits infolge der Demografie, andrerseits auch wegen der technischen Möglichkeiten.

Der Kanton Obwalden hat die dritttiefsten Krankenkassenprämien in der Schweiz. Das hat grundsätzlich nichts mit der Prämienverbilligung zu tun. In diesem Bereich haben wir im letzten Jahr in einer guten Zusammenarbeit die Eckwerte festlegen können und an diese werden wir uns auch halten. Die Prämien werden wir nach diesen Eckwerten ausrichten. Sie können beruhigt sein, dass ich mit meinem Departement aber auch mit dem Regierungsrat entsprechende Vorschläge erarbeite, welchen das Parlament auch zustimmen kann. Was wir bei uns in der Grundversorgung anbieten, können wir nicht an einem anderen Ort günstiger einkaufen. Wir werden auch in Zukunft entsprechende Angebote machen, welche dem Wettbewerb standhalten.

5 Soziale Sicherheit

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Die KSPA beantragt zu diesem Politikbereich folgende parlamentarische Anmerkung: "Im Rahmen der Amtsdauerplanung setzt sich der Regierungsrat mit den Fragen rund um das Alter auseinander und trägt in Kooperation mit den Gemeinden zu einer ganzheitlichen Altersvorsorge bei." Die KSPA hat diese Anmerkung einstimmig beschlossen und hofft auf die Unterstützung im Parlament. Kantonsrat Peter Wechsler wird die Anmerkung begründen.

Wechsler Peter, Kerns (CSP): Bereits beim Eintreten haben ich und auch andere Kantonsratsmitglieder dieses Thema aufgegriffen. Dieses Anliegen hätte auch beim Politibereich 4.1 (Überganspflege, Palliative-Care, Demenz-Strategie) angebracht werden kön-

nen. Dies ist ein Thema, welches verschiedene Departemente betrifft. In der Kommission haben wir entschieden, dieses Anliegen unter dem Politbereich 5, Soziale Sicherheit, aufnehmen zu wollen. Unter diesem Punkt sind auch die Alterswohnformen angetönt. Im Kantonsrat haben wir im letzten Jahr ein Postulat überwiesen. Der Kanton hat die Aufgabe übernommen, eine Gesamtstrategie für die Alterspolitik zusammen mit den Gemeinden zu entwickeln. Wir wissen alle, in welche Richtung die demografische Entwicklung fortschreitet. Der Anteil von alten Leuten wird zunehmen. Adäquate Wohnformen und Unterstützungsformen müssen gesucht werden. Wir können nicht unbeschränkt Alters- und Pflegeheimplätze ausbauen. Die Leute wollen auch andere Formen.

Daher möchten wir dieses Thema explizit in dieser Strategie erwähnt haben. In den einzelnen Departementen würde dies vielleicht nicht berücksichtigt. Dies haben wir auch an der Reaktion des Regierungsrats feststellen können. Das Thema ist nicht vergessen, aber es ist auch nicht als Leitidee beinhaltet. Aus diesem Grund haben diese Möglichkeit genutzt und wollen diesem Thema eine Bedeutung beimessen. Ich bitte Sie, diese Anmerkung zu überweisen.

Mahler Martin, Engelberg (FDP): Der Regierungsrat strebt mit dieser Strategie eine Vision an. Die Erfolgsgeschichte des Kantons Obwalden soll weitergeführt werden. Die qualitative Entwicklung steht im Zentrum. Die Strategie beinhaltet offene Formulierungen mit Leitideen. Inhaltlich ist an den Anmerkungen nichts auszusetzen. Ausdrücklich möchten ich und die FDP-Fraktion festhalten, dass eine ganzheitliche Altersvorsorge wichtig ist. Die Anmerkungen sind aber für eine Strategie zu konkret. Es wurde auch erwähnt, dass zum Thema ganzheitliche Altersvorsorge ein Postulat überwiesen wurde, welches sich dem Thema ausreichend annimmt. Aus diesem Grund gehört die Anmerkung nicht in die Langfriststrategie.

Ich und die grossmehrheitliche FDP-Fraktion beantragen, der Anmerkung nicht zuzustimmen. Ich möchte wiederholen, dass es nicht um den Inhalt, sondern darum geht, dass eine langfristige Strategieplanung nicht das richtige Instrument für diese Anmerkung ist.

Dr. Spichtig Leo, Alpnach (CSP): Ich bin nicht derselben Meinung wie meine Vorredner. Ich kann aus meiner Erfahrung als Hausarzt mitteilen, dass ich gegenwärtig einen Patienten in Hergiswil NW, einen in Horw LU, einen in Stans NW, zwei Patienten in Giswil und so weiter betreue. Das sind Tatsachen, welche wir in dieser Langfriststrategie immer wieder erwähnen müssen. Wir müssen diese Anmerkung annehmen. Ich möchte ganz kurz zu den Punkten 4.1 und 4.2 erwähnen.

Auch als Grundversorger sage ich, der Ausbau der Grundversorgung sollte nicht durch die Grundversorger konkurrenziert werden. Es muss die Angebote komplementieren. Das ist gut. Die Qualität soll gesteigert werden. Wie wir wissen, haben wir in der ganzen Schweiz grosse Probleme mit der Grundversorgung und mit den Hausärzten. Dort muss der Fokus angebracht werden.

Bereinigung Anmerkung
Politbereich 5: Soziale Sicherheit

Abstimmung: Mit 34 zu 12 Stimmen (bei 5 Enthaltungen) wird die Anmerkung der KSPA vom 7. Januar 2014 überwiesen.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Amstad Christoph, Sarnen (CVP): Der grosse Teil der Wirkungsziele aus der Langfriststrategie 2012+ wurde erfüllt. Das ist sehr gut und sehr lobenswert. Trotzdem möchte ich auf ein nicht erfülltes Ziel aufmerksam machen. Als Velofahrer sind mir die Radwege ein besonderes Anliegen. Radwege sind positiv für den Tourismus, die Sportförderung / Gesundheitsförderung, die Familien und schlussendlich für die Verkehrssicherheit. Es kann nicht sein, dass immer die Schwächsten, in diesem Fall der Langsamverkehr, warten muss oder benachteiligt werden. Ich danke und fordere alle Verantwortlichen auf, jetzt das vorhandene Radverkehrskonzept umgehend umzusetzen.

Camenzind Boris, Sarnen (FDP): Die FDP-Fraktion möchte zum zweckmässigen Ausbau der Strassen eine parlamentarische Anmerkung machen.

Die Verkehrsverbindungen sind heute der Lebensnerv unserer mobilen Gesellschaft. Obwalden hinter dem Mond (oder hinter dem Lopper) ist für uns alle nicht mehr denkbar. Dank der Autobahn A8 sind alle Gemeinden des Sarneraatals näher zusammengerückt und dank dem Abzweiger, dem Kirchwaldtunnel ist der Weg nach Engelberg näher gerückt. Das tut uns Obwaldnern gut und verbindet uns. Genauso wichtig ist die Anbindung des Kantons Obwalden an die Städte Luzern, Zug oder Zürich und die Nord-Süd-Achse über den Gotthard. Die Ziele des Regierungsrats unterstützen wir vollumfänglich. Was uns eher Sorgen macht, ist die Kehrseite der Medaille. Die A8 zwischen Sarnen und Lopper ist heute schon häufig am Limit der Belastbarkeit. Die Staustunden sind am Steigen. Als regelmässiger Pendler erlebe ich dies fast täglich. Obwalden droht wieder von den Transitkorridoren der Schweiz abgehängt zu werden.

Daher regt die FDP-Fraktion mit ihrer Anmerkung an, dass man Obwalden nicht noch attraktiver für den reinen Transitverkehr macht. Das bringt uns volkswirtschaftlich keinen Nutzen, sondern nur Schaden. Es schmälert die Lebensqualität unseres kleinräumigen Tals. Die Anmerkung ist uns auch wichtig, weil mit ihr beim Parlament eine Weiche gestellt werden kann und diese dem Regierungsrat einen feinen Wink gibt, in welche Richtung er die Entwicklung sieht. Der Regierungsrat ist sich anscheinend bei der Beurteilung des Transitkantons Obwalden nicht ganz einig. Dafür möchte ich Sie zu den Erläuterungen auf Seite 27, Punkt 33 führen. Bei der Strategie, der Kanton Obwalden ist wohn-attraktiv, heisst es bei Punkt 33: "Der Kanton wird zum Transitkanton". Das wurde in der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 und 2010 bis 2014 und auch in der aktuellen Beurteilung als Risiko vom Regierungsrat dargestellt. Wenn man auf Seite 33, unter dem Aspekt: "Der Kanton Obwalden ist wirtschafts-dynamisch", steht unter Nr. 33, "Kanton wird zum Transitkanton". Dies wurde in der Amtsdauerplanung 2006 bis 2010 und 2010 bis 2014 als Risiko und in der aktuellen Beurteilung als Chance für den Kanton Obwalden dargestellt.

Sicher ist dies für die Wirtschaft eine Chance, solange die Wege funktionieren. Offenbar ist eine Kehrtwende in der Meinung der Beurteilung des Regierungsrats geschehen, welche uns Sorgen macht. Wir möchten vom quantitativen Wachstum wegkommen und setzen auf Qualität. Wir sollten hier ein Zeichen setzen und bitten Sie, diese Anmerkung zu unterstützen und Obwalden nicht zum Transitkanton verkommen zu lassen.

Stalder Josef, Lungern (CSP): Ich habe das Gefühl, die Anmerkung der FDP-Fraktion diene dazu, den Umfahrungstunnel Giswil Nord bis Kaiserstuhl nicht zu bauen. Deshalb bin ich gegen diese Anmerkung.

In der kantonalen Richtplanung 2006 bis 2020 ist festgehalten, dass sich der Kanton beim Bund für den möglichst raschen Ausbau und die Fertigstellung dieses Streckenabschnittes einsetzt. Mit dem Bau des Abschnittes soll die heutige Situation mit der engen, steilen und gefährlichen Brünigstrasse mit einem Neubau entschärft werden. Schaut man die Unfallstatistik auf diesem Teilabschnitt an, spricht dies Bände. Auf dieser Strecke sind von 2007 bis 2012 insgesamt 78 polizeilich registrierte Unfälle passiert; mit 49 verletzten Personen und 4 Toten. Dies sind im Vergleich mit dem Teilstück der A8 Sarnen - Alpnach mit insgesamt 25 polizeilich registrierten Unfällen dreimal mehr Unfälle. Fast alle Unfälle lassen sich auf die vielen Kurven, die verschiedenen Neigungen der Fahrbahn, den Steigungen beziehungsweise dem Gefälle zwischen acht bis neun Prozent, dem vielfältigen Mischverkehr (Velofahrer, Landwirtschaft, Motorradfahrer, Lastwagen, Bus und Autos) und den vielen Ein- und Ausfahrten zurückführen. An manchen Stellen weist die Fahrbahn zudem nur eine Breite von sechs Metern auf.

Zudem könnte man sich mit einem Alleinstellungsmerkmal profilieren. Sicher in der Schweiz einzigartig mündet beim Bahnhof Kaiserstuhl eine Nebenstrasse über den Bahnübergang direkt rechtwinklig auf unsere A8. Mit den Folgen, dass schon mancher Autofahrer rückwärts vom Bahnübergang fliehen musste, da er wegen dichten Verkehrs nicht auf die A8 einbiegen konnte und bei der Annäherung des Zuges bei geschlossener Barriere ein Ausweg unmöglich ist.

Bei anderen Gelegenheiten wurde schon mehrmals betont, dass manche in diesem Rat den Transitverkehr nicht fördern wollen. Dabei wurde auch immer wieder betont, dass aus diesem Grund der Tunnel Kaiserstuhl nicht gebaut werden sollte. Heute Morgen haben wir von der SP-Fraktion gehört, dass sie mit dieser Anmerkung gegen den Kaiserstuhl-Tunnel ist. Dafür ist es nun aber zu spät, denn mit dem Kirchenwaldtunnel hat man den Transitverkehr bereits beträchtlich gefördert. Fakt ist aber, dass es gar nicht sicher ist, ob überhaupt der Verkehr bei einem Ausbau mit einem Kaiserstuhltunnel zunehmen würde. Heute fährt ja jeder mit GPS und dieses gibt in der Regel die schnellste Strecke an. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, die Strecke von Erstfeld über Luzern nach Bern mit der Strecke Erstfeld Brünig Bern zu vergleichen. Tatsächlich sind beide Strecken gleich lang, aber über Luzern ist man rund 16 Minuten schneller in Bern, natürlich vorausgesetzt, dass der Verkehr läuft. Da Zeit heute Geld ist, stimmt für mich das Argument Mehrverkehr nicht ganz. Im Weiteren wollen zurzeit weder die Berner noch die Obwaldner einen Scheiteltunnel am Brünig.

Noch kurz etwas zu den Verkehrszahlen: Pro Tag frequentieren Kaiserstuhl zurzeit durchschnittlich 9000 Fahrzeuge. Davon sind 3700 Fahrzeuge für den gewerblichen Verkehr unterwegs und 5300 private Fahrzeuge. Nach und von Lungern frequentieren durschnittlich 2000 bis 2500 Fahrzeuge Kaiserstuhl.

Zwischen 2009 und 2011 wurden umfangreiche Projektstudien für diese vier Kilometer lange Strecke gemacht. Dabei musste beachtet werden, dass auf dieser Strecke 200 Höhenmeter überwunden werden müssen und die Anbindung der neuen Strasse ans bestehende Strassennetz optimal verläuft. Es wurden drei Varianten geprüft, dabei wurde die Tunnelvariante als Bestvariante beurteilt.

Aus den genannten Gründen lehne ich den Antrag ab. Ein Ausbau der Strecke Giswil bis Kaiserstuhl ist dringend nötig. Mit der Bestvariante Kaiserstuhltunnel haben wir eine gute Lösung. Im Übrigen würde sich dieser Meinung auch der Grossteil der Lungerer Bevölkerung anschliessen.

Koch-Niederberger Ruth, Kerns (SP): Die vorliegende Anmerkung der FDP-Fraktion ist ganz im Sinne der SP-Fraktion. Die SP-Fraktion hätte diese vielleicht noch etwas deutlicher formuliert: Kein Tunnel Kaiserstuhl – kein Brünig-Tunnel. Kantonsrat Josef Stalder hat dies richtig erfasst. Auch wenn der Bundesrat im Juni 2013 dem generellen Projekt für den Bau des Tunnels Kaiserstuhl zugestimmt hat, muss dieser noch lange nicht gebaut werden.

Ich verstehe die Lungerer Bevölkerung und Kantonsrat Josef Stalder, dass sie gerne eine schnellere und sicherere Verbindung ins Tal hätten. Auf der anderen Seite verkommt der Kanton Obwalden zu einem Transitkanton. Ich bin überzeugt, dass eine zweckmässige Verbesserung bei dieser Strecke in Kaiserstuhl machbar ist. Ein Ausbau für den Transitverkehr von Bern via Obwalden nach Luzern oder Süden ist nicht nötig. 26 000 Fahrzeuge täglich beim Loppertunnel sind genug.

In diesem Sinne wird die SP-Fraktion diese Anmerkung unterstützen.

Sigrist Albert, Giswil (SVP): Ich kann mich voll und ganz Kantonsrat Josef Stalder aus Lungern anschliessen. Er hat die Argumente perfekt begründet. Sie sehen, wie schwierig wir Kantonsräte aus Lungern und Giswil es haben. Wir können nicht nur vorwärts fahren, wir müssen auch rückwärtsfahren können.

Die SP-Fraktion, welche die Landschaft schützen möchte, was wir auch anerkennen und teilweise auch unterstützen, sieht nun die Tunnelvariante nicht mehr als beste Variante.

Ich möchte an den Abstimmungskampf zu Zeiten der Landsgemeinde erinnern. Damals wollte man alle Strassen in Tunnels bauen. Kantonsrat Josef Stalder hat vergessen zu erwähnen, dass man an einem solch milden Winter jeden Abend hört, wie Steine vom Ächerliwald ins Tal rollen. Ich möchte daran erinnern, dass wir im Jahr 1986 einer der schwersten Bergstürze mit einem Toten hatten. Aus diesem Grund unterstütze ich diesen Tunnel. Er ist viel sicherer und kann Leben schützen. Das ist für mich ausschlaggebend. Den Tunnel sieht man nicht mehr und auch im Winter ist ein Tunnel viel sicherer.

Ich verstehe die Anliegen der FDP-Fraktion ganz klar, dass man kein Transitkanton werden will.

Furrer Bruno, Lungern (CVP): Schon bei der Beantwortung der Interpellation betreffend der Auswirkungen des Ausbaus der A8 gab es seitens der FDP-Fraktion kritische Bemerkungen zum Projekt Tunnel Kaiserstuhl. Auf politischer Ebene sind auch Bestrebungen im Gang, den Weiterausbau der A8 beim Abschnitt Kaiserstuhl und Lungern bis Brünig einer Gesamtbetrachtung zu unterziehen. In diesem Zusammenhang

werde ich den Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen

Für Lungern ist dieses Fertigstellungsprojekt am Kaiserstuhl wichtig. In der Richtplanung 2006 bis 2020 hat sich das Parlament für eine umgehende Fertigstellung am Kaiserstuhl ausgesprochen. Im 2012 hat der Regierungsrat das generelle Projekt mit dem Tunnel Kaiserstuhl genehmigt. Im Herbst 2013 hat sich der Gemeinderat von Lungern, alle vier Parteien, die Wirtschaftskommission und insbesondere die Anwohner im Gebiet Bürglen Kaiserstuhl beim Regierungsrat klar für die Umsetzung dieses Projekts ausgesprochen. Ich appeliere an die Solidarität, welche in letzter Zeit bei verschiedenen anderen Projekten immer wieder ein Thema war.

Ich habe noch eine Bemerkung zum Verkehrsaufkommen im Kanton Obwalden. Im Jahr 2011 gab es beim Lopper pro Tag durchschnittlich 24 980 Verkehrsbewegungen. Am Brünig waren es im selben Jahr 6464 Verwehrsbewegungen. Das sind gerade 25 Prozent im Vergleich zum Lopper. Ich nehme an, dass Kantonsrätin Ruth Koch dies in der Beantwortung ihrer Interpellation auch studiert hat. Auch wenn wir es vielleicht nicht gerne hören: Der Verkehr am Lopper ist grösstenteils hausgemacht.

Es hat sich auch gezeigt, dass sich die verschiedenen Eröffnungen der Dorfumfahrungen im Kanton Obwalden am Brünig-Pass sich nicht mit Mehrverkehr ausgewirkt haben. Das sind die normalen ein bis zwei Prozent Mehrverkehr, welcher in der ganzen Schweiz festgestellt wird. Gesamtbetrachtungen und Verknüpfungen im Hintergrund dieser zwei Projekte, Ausbau Kaiserstuhl und Ausbau Brünig und noch den "Mantel" mit der Anmerkung der FDP-Fraktion passt mir nicht. Ich bin für eine offene Politik. Solange ich keine eindeutige Aussagen des Regierungsrats zum weiteren Vorgehen Projektverlauf Kaiserstuhl habe, werde ich dieser Anmerkung der FDP-Fraktion nicht zustimmen. Noch etwas, der Kanton Obwalden ist nicht in Giswil fertig. Wir haben in Lungern eine ganz andere Anbingung an den öffentlichen Verkehr. Es ist daher wichtig, dass wir zumindest auf dem Strassenweg eine gute Verbindung erhalten und nicht, dass solche Projekte mit Anmerkungen für viele Jahre blockiert werden.

Dr. Spichtig Leo, Alpnach (CSP): Wie Sie wissen, setze ich mich für die Sicherheit der A8 ein, jedoch nicht für die Attraktivität des Transitverkehrs. Das habe ich hier bereits mehrmals erwähnt. Die Sicherheit ist sehr hoch einzuschätzen. Vorhin habe ich gehört, dass es in sechs Jahren vier Todefälle gab. Das hat mich hellhörig gemacht. Ich habe gehört, dass es 78 Unfälle in sechs Jahren gab. Das sollte auch nicht sein.

Die Sicherheit können wir für die Lungerer und auch die übrigen Verkehrsteilnehmer erhöhen, wenn wir den

Langsamverkehr vom Schnellverkehr trennen. Die Natursicherheit ist in einem Tunnel auch viel besser. Auch von einem Landverbrauch könnte man absehen. Ich bin ganz klar gegen einen Scheiteltunnel am Brünig. Meines Erachtens muss man alles daran setzen, dass dies nicht kommt. Ich gönne den Lungerern ihren Tunnel und ich denke, wir müssen dies auch für die Sicherheit der Lungerer Bevölkerung tun.

Meine Frage an Landammann Paul Federer: Wie weit sind wir eigentlich? Ich habe gelesen, dass die Arbeiten bei den Bundesämtern schon recht fortgeschritten sind, und dass man schon bald mit der Umsetzung anfangen kann. Es ist eher müssig, wenn wir hier noch darüber diskutieren.

Federer Paul, Landammann (FDP): Die Anmerkung der FDP-Fraktion ist ziemlich offen formuliert. Es wurde nun eine intensive Diskussion über einzelne Strassenbauprojekte geführt. Ich denke, dies ist nicht unbedingt Inhalt einer Langfriststrategie. Wir haben am Anfang erwähnt, dass der Regierungsrat nicht gegen diese Anmerkung opponiert. Die Tiefe dieser Diskussion möchte ich von der Anmerkung FDP-Fraktion trennen.

Am 28. November 2013 haben wir mit Bundesrätin Doris Leuthard und Vertretern vom ASTRA über die genannten Teilstücke diskutiert. Wir haben damals eine Abmachung getroffen, welche uns Zeit und Raum lässt, um dies etwas genauer zu studieren und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Es gilt zu erwähnen, dass wir dies dem Gemeindpräsident von Lungern entsprechend kommuniziert haben. Die anderen, welche uns geschrieben haben, werden mit einem Schreiben entsprechend informiert.

Im Regierungsrat haben wir beschlossen, das weitere Vorgehen und das Justieren des Projekts in einer Vorlage im nächsten halben Jahr in den Kantonsrat zu bringen.

Wie bereits erwähnt, die Verkehrszahlen auf dem Brünig sind bescheiden und die Zahlen in Kaiserstuhl sind sicherheitsmässig sehr wichtig. Der Zeitgewinn mit einem Kaiserstuhltunnel wäre gemäss ASTRA lediglich 30 Sekunden. Es geht also vor allem um die Sicherheit. Sicherheit kann man auf einem anderen Weg als mit einem solchen Bauprojekt besser erreichen.

Schumacher Hubert, Sarnen (SVP): Für mich ist die Langfriststrategie ein geeignetes Instrument, wie sich der Kanton in Zukunft orientieren soll. Es ist eine Leitplanke. Bei all diesen Voten habe ich mir Gedanken gemacht und einiges hätte ich auch sagen müssen. Ich möchte dies nun auf drei Punkte beschränken.

Wenn Obwalden – und dies sagen alle – wohnattraktiv und interessant für neue Bevölkerungsteile bleiben

soll, dann braucht es ein gewisses Wachstum. Ein gewisses Wachstum findet in der Schweiz bereits statt. Das können wir nicht aufhalten. Mit dem Bevölkerungswachstum steigt auch die Mobilität. Man verlangt von den Obwaldnern, dass sie sich im Arbeitsmarkt flexibel präsentieren und die Leistungen, welche sie anbieten, nicht nur jenen im Kanton offerieren. Das braucht eine gewisse Mobilität. Jeder Unternehmer verlangt dies von seinen Angestellten. Wenn man einen schönen Kanton zum Wohnen hat, wohnattraktiv ist und eine gewisse Industrie hat, muss man davon ausgehen, dass man ein Bevölkerungswachstum von rund zwei Prozent pro Jahr hat. Wenn wir pro-aktiv den Kanton weiterbringen wollen, bedeutet dies, dass wir etwas mehr als der Durchschnitt tun wollen. Das heisst, wir hätten auch einen grösseren Bevölkerungszuwachs. Es kann durchaus sein, dass dies die eine oder andere Firma nach Obwalden bringt. Das ist auch das Ziel der Steuerstrategie. Wenn wir Personen nach Obwalden holen, sollen diese auch hier wohnen können. Das wäre wünschenswert. Dies braucht Anstrengungen.

Ich habe eine Zuschrift eines Fachverbandes mit der Gütertransportstatistik erhalten, in welchem ich Mitglied bin. Es werden immer weniger Güter zwischengelagert. Es wird das Nötige produziert und verteilt. Das gibt einen Verkehr, welcher Obwalden auch braucht, weil Obwalden davon lebt. Unsere Industrie produziert mittlerweile mit dem gleichen Prinzip. Es gibt keine Industriebetriebe mehr, welche sich leisten können, auf Vorrat zu produzieren und später zu verkaufen. Es wird bedarfsgerecht produziert und dazu müssen die Infrastrukturen auch vorhanden und nutzbar sein. Unter diesem Aspekt befürworte ich sehr, wenn man Ressourcen genau anschaut. Zu den Ressourcen gehören auch die Finanzen. Wenn man für die Projekte, über jene wir vorhin diskutierten, bereits Vorinvestionen von mehreren Millionen gemacht hat, finde ich es unverantwortlich, wenn man diese einfach auf die Seite legt und vergeblich gemacht hat. Das ist auch etwas, was wir uns nicht leisten können.

Abstimmung über die Anmerkung der FDP-Fraktion vom 20. Januar 2014: Mit 21 zu 21 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) ist die Abstimmung ausgeglichen.

Zweite Abstimmung: Mit 23 zu 20 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) wird die Anmerkung der strategischen Leitidee 6.1 als erheblich erklärt.

Politbereich 7 Umweltschutz und Raumordnung

Rötheli Max, Sarnen (SP): Ich habe zwei Fragen zu möglichen Massnahmen zur Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum beziehungsweise zu Bauland-

hortung. Das ist schon länger ein Thema und Baulandhortung wird auch immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert. Wahrscheinlich stand diese Leitidee bereits in der letzten Langfriststrategie. Ich kenne heute keine ergriffenen Massnahmen. Welche Massnahmen zur Baulandhortung wurden bis heute ergriffen?

Mit welchen Massnahmen will man die Verteuerung und Verknappung von Wohnraum in Zukunft fördern? Ich gehe davon aus, dass sich der Regierungsrat bei der Definition dieser Leitidee seine Gedanken gemacht hat. Solche Massnahmen sind ganz wichtig, sonst können sich die Gemeinden in Zukunft nicht mehr weiter entwickeln.

Wyrsch Walter, Alpnach (CSP): Dies ist ein Thema, welches mich fast täglich beschäftigt. Wir haben tatsächlich einen gewaltigen Anstieg der Miet- und der Landpreise. Wenn ich diese ins Verhältnis der Einkommen setze – wir können als Referenz-Einkommen die Steuererträge von Alpnach nehmen – so wird es mir schlecht. Ich frage mich tatsächlich, mit welchen Massnahmen man eingreifen will. Wie will man Pensionskassen anderer Kantone begegnen, welche bei uns Immobilien kaufen, weil sie im eigenen Kanton (zum Beispiel Zug) nichts mehr kaufen können? So wird die Spirale der Preise munter aufwärts getrieben. Ich stehe mit einiger Hilflosigkeit da und merke gleichzeitig, dass dies "das" Thema mit sozialer Spannungskraft ist.

Federer Paul, Landammann (FDP): Wir haben eine Motion überwiesen, welche den Wirkungsbericht zur Steuerstrategie in zwei Teile aufteilt. Die Beobachtungen der Mieten, freier Wohnraum und der Bodenmarkt werden genauer analysiert.

Wir haben bereits in den bisherigen Jahren im Wirkungsbericht zur Steuerstrategie gewisse Feststellungen einfliessen lassen, welche aus einem externen Bericht kommen. Bis vor ein, zwei Jahren waren die Bodenpreise und Mieten eher unter dem Durchschnitt gewachsen. Es wurde von den beiden Kantonsräten richtig beobachtet, dass wir in den letzten zwei, drei Jahren eine massive Veränderung im Kanton Obwalden erfahren haben. Die Meinung der Leitidee ist, einerseits in circa einem Jahr den Wirkungsbericht zu erarbeiten und andrerseits genau hinzuschauen, wie sich diese weiterentwickelt. Daraus werden die entsprechenden Massnahmen für die Amtsdauerplanung abgeleitet. Ob wir bereits Massnahmen für die nächste Amtsdauerplanung vornehmen müssen oder nicht, ist sicher ein Diskussionspunkt, welcher im Regierungsrat geführt werden muss.

Zum anderen möchte ich auch hinweisen, dass wir einen freien Markt im Wohnungs- und Bodenmarkt

30. Januar 2014

haben. Ich finde, man sollte nicht in einen Markt eingreifen, solange dieser einigermassen funktioniert. Wenn man die Entwicklung der Zentralschweiz oder der Schweiz betrachtet, dann sind wir im mittleren Feld zu finden.

Es wurde ausserdem die Frage betreffend Baulandhortung gestellt. Das liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden. Sie müssen die verschiedenen Landbesitzer angehen. Das passiert zum Teil, wie ich an einem Gespräch in dieser Woche festgestellt habe, auch nicht. Es ist nicht Angelegenheit des Regierungsrats betreffend Verfügbarkeit von Bauland mit den Landbesitzern zu reden. Wir haben eine Formulierung in Artikel 11a des Baugesetzes, welche die Baulandhortung ab dem 1. Juli 2019 betrifft. Nun kann man sagen, das geht noch fünfenhalb Jahre. Aber ich denke dies wird vorher wirken, weil nun die Bodenpreise hoch sind. Wie sich die Preise in den Jahren 2017, 2018 oder 2019 entwickeln, ist eine andere Frage. Ich gehe auch von einer zyklischen Entwicklung aus. Als ich einmal Bauland kaufte, war es teurer, dann wurde es günstiger und nun ist es wieder deutlich teurer.

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Ich habe auch zu diesem Punkt eine Anmerkung der Kommission, welche ebenfalls einstimmig beschlossen wurde. Sie heisst: "Bei der Umsetzung der strategischen Leitidee ist dem Schutz der landwirtschaftlichen Kulturflächen besondere Beachtung zu schenken". Peter Seiler wird diese Anmerkung anschliessend im Detail begründen.

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Ich habe beim Eintreten diese Anmerkung bereits ausführlich begründet. Mit Nachdruck möchte nochmals darauf hinweisen, dass unser Land nur über fünf Aren ackerfähiges Land pro Einwohner verfügt. Das ist jetzt schon sehr wenig. Schauen wir, dass es nicht noch weniger wird. Aus diesem Grund haben wir diese Anmerkung formuliert. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Mahler Martin, Engelberg (FDP): Eine Strategie braucht eine offene Formulierung mit Leitideen und keine konkrete Forderungen oder Anmerkungen. Es ist ausdrücklich anzumerken, dass es nicht gegen den Schutz der landwirtschaftlichen Kulturfläche und schon gar nicht gegen die Landwirtschaft ist. Das sind Themen, die uns sehr wichtig sind. Ich und die grossmehrheitliche FDP-Fraktion sind der Ansicht, dass es andere Instrumente, wie das Raumplanungsgesetz, gibt, um dies zu bewerkstelligen.

Aus diesem Grund beantragen wir, diese Anmerkung nicht zu überweisen.

Lussi Hampi, Kägiswil (Sarnen) (CVP): Ich kann mich der Meinung von Martin Mahler nicht anschliessen. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist eine wichtige Basis für die Lebensmittel, die Landwirtschaft, die Landschaft und das Lanschaftsbild. Das darf ruhig in einer Strategie niedergeschrieben werden. Ich bin froh, dass die Landwirtschaftsvertreter im Kantonsrat beim Flugplatz Kägiswil auch eine andere Meinung vertreten hatten. Sie waren nicht unbedingt dafür Land zu gewinnen. Nun sind sie der dieser Ansicht, der landwirtschaftlichen Kulturfläche besondere Beachtung zu schenken. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

Abstimmung über die parlamentarische Anmerkung der KSPA vom 7. Januar 2014, strategische Leitidee 7.2: Mit 37 zu 11 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) wird die Anmerkung der strategischen Leitidee 7.2 als erheblich erklärt.

Albert Ambros, Giswil (SP): In der strategischen Leitidee 7.3 wird erwähnt: "Der Kanton Obwalden fördert eine der Landschaft angepasste Baukultur." Müsste es nicht heissen: "Der Kanton fördert eine der Landschaft und der Region angepasst Baukultur." Wenn ich nun schaue, welche Baukultur betrieben wird, dann ist diese nicht der Landschaft und der Region angepasst. Mir kommt es eher vor, dass die Baukultur den Investoren und Architekten angepasst ist. Deshalb komme ich auf den Begriff "Region". Früher konnte man feststellen, dass es im Tessin Regionen mit Steinhäusern oder Riegelhäusern gab. In unserem Kanton gab es Holzhäuser. Wir haben doch in unserem Kanton so viel Wald. Wir haben Sägereien und Zimmereien. Müsste man dies nicht wieder mehr fördern, dass im Kanton wieder eher mit einheimischen Bausubstanzen gearbeitet wird?

Ich beantrage eine Anmerkung zur Leitidee 7.3: "Bei der Umsetzung soll der Regierungsrat dem Aspekt der Region Rechnung tragen."

Wyrsch Walter, Alpnach (CSP): Ich bin mit einer Bemerkung zufrieden; ich brauche keine Anmerkung. Ich bin ausserordentlich froh, dass dieser Punkt aufgeführt ist.

Für mich stellt die Region des Bregenzer Waldes (Österreich) eine Referenzregion dar. Dort ist es gelungen, eine gewisse Idendität zu vermitteln. Ich bedauere es sehr, dass unser Kanton teilweise eher einem Ausstellungsgelände von Einfamilienhäuser-Anbietern gleicht als einer Wohnregion.

Federer Paul, Landammann (FDP): "Eine der Landschaft angepasste Baukultur". Worüber sprechen wir? Wir haben eine Vision des Kantons Obwalden vor uns.

Wir sprechen nicht von "der Landschaft angepasst" und bauen Häuser aus dem Bregenzer Wald in unsere Landschaft. Wir möchten eine angepasste Baukultur gemäss unserer Vision. Daher dürfen wir eine solche Präzisierung oder Anmerkung für unser Vorhaben nicht überweisen.

Wenn man von Baukultur spricht, dann ist dies ein sehr hoher Anspruch. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir dies ausserhalb und innerhalb des Baugebietes lösen wollen. Es gibt ganz verschiedene Anspekte rund um die Baukultur, zum Beispiel moderne Architektur oder Heimatstil. Man kann sicher dem Regierungrat vertrauen, dass er tut, was er kann.

Wyrsch Walter, Alpnach (CSP): Ich möchte den Landammann korrigieren. Es ist mir in keiner Art und Weise ein Anliegen, irgendwelche Häuser aus dem Bregenzer Wald hier zu bauen. Es ist mir auch sehr bewusst, dass ich im Obwaldner Kantonsrat bin und nicht im Vorarlberger Landtag.

Abstimmung: Antrag Albert Ambros, Leitidee 7.3: "Bei der Umsetzung soll der Regierungsrat dem Aspekt der Region Rechnung tragen."

Mit 11 zu 28 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) wird der Antrag von Albert Ambros abgelehnt.

8 Volkswirtschaft

Camenzind Boris, Sarnen (FDP): Die Leitidee 8.1 stimmt für mich im Titel. Bestehende Betriebe sollen gepflegt werden, neue Betriebe angesiedelt werden. Trotzdem möchte ich Folgendes bemerken. Bei den Konkretisierungen und Schwerpunkten, welche anschliessend erwähnt werden, geht es doch vor allem um die Ansiedlung von neuen und hochstehenden Arbeitsplätzen. Das ist grundsätzlich richtig. Mit meinem Votum bitte ich den Regierungsrat, sich genauso intensiv für unsere bestehenden Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, für das gewerbliche KMU im Kanton Obwalden einzusetzen.

Der Kanton Obwalden ist über die Grenzen hinaus für seine sehr guten Handwerker bekannt. Selbst zum Berufsweltmeister haben wir es gebracht. Sehr viele, der zum Teil sehr kleinen Betriebe bilden ein stabiles Fundament unserer Obwaldner Wirtschaft. Ein Fundament, welches Krisenresistenter ist als Grossfirmen und Hightech-Start-ups. Die Beziehungspflege und das Schaffen von optimalen Rahmenbedingungen sind für unsere bestehenden und langjährigen Betriebe sehr wichtig. Diese brauchen in der Verwaltung kompetente Ansprechpartner, möglichst schnelle Reaktionszeiten bei ihren Anliegen, möglichst wenig Bürokratie und viel unternehmerische Freiheiten. In einer Abwandlung eines Sprichworts sage ich, es ist viel einfacher einen

bestehenden Betrieb zu unterstützen und zu behalten als einen neuen Betrieb anzusiedeln. Ich bitte daher den Regierungrat, das Augenmerk auch auf die Beziehungspflege der bestehenden und kleinen Betriebe zu richten. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Wyrsch Walter, Alpnach (CSP): Ich habe eine Bemerkung zur Leitideee 8.3. Die Sakrallandschaft ist ein Stichwort, welche mir sehr am Herzen liegt.

Wir hätten im Flüeli-Ranft eine Landschaft oder einen abgeschlossenen Raum, welcher das Potenzial für ein Unesco Weltkuluturerbe im Bereich Sakrallandschaft oder Friedensoase hätte.

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Unter der Leitidee 8.4 steht: "Landschaftsverträglicher, nachhaltiger Ausbau der Wasserkraft und alternativer Energien." Ich möchte dazu eine Bemerkung, nicht eine Anmerkung machen. Es wäre richtig, wenn es nicht nur Ausbau der Wasserkraft, sondern auch Betrieb der Wasserkraft, heissen würde. Ich hoffe, dass es bei diesem Thema nicht ausschliesslich um Solaranlagen, Windkraftanlagen oder Kleinkraftwerke geht. Ich erhoffe, dass es beim nachhaltigen Ausbau und auch beim Betrieb darum geht, den Stollenbetrieb des Lungererseees landschaftsverträglicher zu machen.

Vor längerer Zeit war es im kleinen Melchtal nicht möglich, ein Ausgleichsbecken zu erstellen. Einige vielleicht spezielle Pflanzenarten haben dies überlebt. Den rund 2000 Einwohnern der Gemeinde Lungern mutet man seit längerer Zeit zu, dass sie jedes Jahr während mehrerer Jahre an einem Ufer eines halbleeren Sees wohnen.

Wenn ich auf die Vision zurückgehe und lese, "in einmaliger Landschaft aufstrebend," dann ist mir diese Vision recht. Aber die Landschaft am Lungererseee, wenn er halblehr ist, ist keine einmalige Landschaft. Es ist auch keine touristische Attraktion. Ich hoffe, dass dieser Punkt, trotzdem oder obwohl die Konzession nicht ausläuft, in der nächsten Amtsdauerplanung aufgenommen und angegangen wird.

Matter Werner, Engelberg (CVP): Ich habe eine Bemerkung zur Leididee 9.1, Absatz 4: "Sicherstellung eines gerechten und angemessenen Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden."

Ich bin nicht gegen diesen Punkt, ich möchte jedoch dem Regierungrat auf den Weg geben, dass ich unter "gerecht und angemessen" nicht nur eine Milchbüchlirechnung erwarte, wo man aufzählt, wie viele Steuereinnahmen die einzelnen Gemeinden haben, sondern auch die Aufwendungen der einzelnen Gemeinden berücksichtigt.

Wenn die Gemeinde Engelberg für die Touristen eine Infrastruktur einer Stadt unterhalten muss, ist dies ein

Unterschied, als wenn eine Gemeinde für ihre 4000 oder 5000 Einwohner besorgt sein muss. Ich habe das Vertrauen in den Regierungsrat, dass er dies tun kann. Ich möchte mit einem Beispiel aus der Landwirtschaft warnen. Wenn ein Landwirt eine gute Kuh im Stall hat, dann muss er dieser auch etwas mehr Futter geben, sodass sie in Zukunft auch mehr Milch gibt.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 50 Stimmen ohne Gegenstimme wird von der Strategieplanung des Regierungsrats (Langfriststrategie 2022+), mit drei parlamentarischen Anmerkungen, zustimmend Kenntnis genommen.

34.13.05

Kantonsratsbeschluss über einen Objektkredit Engelbergerstrasse.

Bericht des Regierungsrats vom 10. Dezember 2013.

Eintretensberatung

Schumacher Hubert, Kommissionspräsident, Sarnen (SVP): Zuerst danke ich dem zuständigen Departement und den involvierten Mitarbeitern für die gute Vorbereitung und den detaillierten Bericht dieses Projekts. Ein grosses Dankeschön richte ich auch an die Mitglieder der vorberatenden Kommission, welche wegen der Dringlichkeit des Geschäftes, kurzfristig für einen Termin am 6. Januar 2014 verfügbar waren.

Sie alle haben den Bericht rechtzeitig erhalten und konnten sich selber ein Bild über den Zustand der Zentralbahnüberführung machen. Der aktuelle Zustand dieses Bauwerks ist sehr schlecht und es besteht in verschiedener Hinsicht dringender Handlungsbedarf. Die Überführung, als Teil der Kantonsstrassenverbindung von Grafenort nach Engelberg, weist bezüglich Zustand und Sicherheit bedeutende Mängel auf. Diese Mängel, und das ist mir wichtig zu erwähnen, sind nicht etwa das Resultat unterlassener oder ungenügend ausgeführter Unterhaltsarbeiten. Das Bauwerk wurde seinerzeit nach anderen als den heute gültigen Normen erstellt und ist in die Jahre gekommen. Es hat seinen Zenit erreicht und muss entweder umfassend und entsprechend kostenaufwändig saniert oder eben ganz ersetzt werden. Andere Lösungsvarianten sind aus verkehrstechnischer oder finanzieller Sicht nicht möglich.

Für Engelberg ist eine sichere Strassenverkehrsverbindung von grösster Wichtigkeit. Engelberg ist für mich der Leuchtturm, mit dem höchsten Berg, dem Titlis, welcher über die Landesgrenzen bekannt ist. Es muss möglich sein, zum Beispiel schwere Baumaschinen oder Kabelbobinen sicher auf der Strasse nach Engelberg befördern zu können. Im Moment lässt der Zustand der Brücke Fahrten nach Engelberg für 40-Tönner ohne Einschränkungen zu. Schwertransporte über 40 Tonnen gibt es immer wieder, wenn man Baumaschinen zügeln muss. Diese Transporte müssen von Fall zu Fall beurteilt werden und erfordern teilweise spezielle Massnahmen.

Die für das Projekt notwendigen Ausschreibungen und Publikationen sind erfolgt. Das Bauprojekt, der Strassenplan und die Spezialbewilligungen wurden im Obwaldner Amtsblatt publiziert und lagen auf der Gemeindekanzlei Engelberg öffentlich auf. Es gingen keine Einsprachen ein. Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens wurden sämtliche involvierten Behörden und Amtsstellen (Amt für Wald und Landschaft, Amt für Raumentwicklung und Verkehr, Amt für Landwirtschaft und Umwelt, Amt für Kultur und Sport (Kultur- und Denkmalpflege), Verkehrs- und Sicherheitspolizei) sowie die Gemeinde Engelberg zur Stellungnahme eingeladen. Die Gemeinde Engelberg und die Amtsstellen begrüssen das Projekt.

Der Regierungsrat hat im Dezember 2013 den Strassenplan gemäss Bauprojekt genehmigt und die Projektbewilligung für den Ersatz der Überführung durch eine neue Strasse auf einem geschütteten Damm mit Durchlass inklusiv der Umgestaltung des Schuemettlenbaches erteilt. Gleichzeitig hat der Regierungsrat auch die raumplanerische Ausnahmebewilligung sowie die Rodungsbewilligung erteilt. Das Projekt berücksichtigt auch weitgehend die Anliegen der Fischerei und des Naturschutzes.

Einerseits sollen die Gesamtinvestitionen bei den Kantonsstrassen pro Jahr nicht höher als ungefähr 1,1 Millionen Franken betragen, andererseits ist die Dringlichkeit der Sanierung der Engelbergerstrasse gegeben. Die im Budget und der Integrierten Ausgaben- und Finanzplanung (IAFP) enthaltenen Investitionen für den Ausbau der Melchtalerstrasse werden entsprechend um zwei Jahre nach hinten verschoben. Der Ausbau ist zwar angezeigt, die Verschiebung der Ausführung ist hinsichtlich Sicherheit, Tragfähigkeit und Verkehrsaufkommen jedoch verantwortbar. Weil sich auch die im Mehrjahresprogramm vorgesehenen Brückenersatzbauwerke an der Sarneraa durch das aktuelle Terminprogramm des Hochwasserschutzprojekts Sarneraatal nach hinten verschieben, können als Folge dieser Projektverschiebungen die Gesamtinvestitionen für die Kantonsstrassen bei rund 1,1 Millionen Franken gehalten werden.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat auf den Bericht vom 10. Dezember 2013 einzutreten und dem Objektkredit von 1,5 Millionen Franken für den Ersatz der der Zentralbahnüberführung der Engelbergerstrasse, Abschnitt Grünenwald, Gemeinde Engelberg zuzustimmen.

Das vorliegende Projekt erachtet die vorberatende Kommission als die geeigneste Lösung und beantragt deshalb dem Kantonsrat einstimmig auf das Geschäft einzutreten und ebenso einstimmig beantragt sie dem Objektkredit von 1,5 Millionen Franken zuzustimmen. Eintreten und Zustimmung hat auch die einstimmige SVP-Fraktion beschlossen.

Durrer-Herger Hanny, St. Niklausen (Kerns) (FDP): Der Kommissionspräsident hat zum Projekt bereits viel gesagt. Die Jahre, der Frost und immer mehr Verkehr, Schwerverkehr, haben der Brücke über den Schuemettlenbach nicht sehr gut getan. Mit der neuen Linienführung über einen aufgeschütteten Damm, dem natürlichen, fischgerechten Durchlass des Baches und genügend Platz für Wanderer und Velofahrer, wird dieses Projekt allen gerecht. Auch den schnellstmöglichen Beginn überzeugt, weil Engelberg nur auf dieser Strasse erreichbar ist.

Kantonsingenieur Jörg Stauber und der Leiter der Abteilung Strassenbau, Karl Rohrer mit Team aus dem Departement von Landammann Paul Federer, legen uns ein gut durchdachtes Projekt vor.

Ich empfehle Ihnen dem Objektkredit zu zustimmen und das wird auch die einstimmige FDP-Fraktion Fraktion tun.

Hurschler Robert, Engelberg (CVP): Die 45 Meter lange und 10 Meter hohe Brücke über dem ehemaligen Zentralbahntrassee beim Grünenwald befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand. Resultat von der Hauptinspektion:

- Die Brückenlager sind in einem schlechten Zustand, da sie stark korrodiert sind und ihre Funktionen teilweise nicht mehr wahrnehmen können;
- Das Fahrzeug-Rückhaltesystem entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen;

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die 1960 gebaute Strassenüberführung / Brücke in einem schlechten Zustand ist und es muss mit aufwendigen und teuren Instandsetzungsarbeiten gerechnet werden. Die Engelbergerstrasse ist als Ausnahmetransportroute Typ 3 definiert. Das heisst, es müssen Spezialtransporte bis gegen 90 Tonnen mit Überbreite und Oberhöhe (4,8 Meter) die Strasse befahren können.

Die Bautätigkeit in Engelberg ist seit vielen Jahren sehr hoch und wird angesichts der bewilligten und sich in Planung befindlichen Projekte eher noch zunehmen. Mehrmals jährlich werden Gesuche für Transporte nach Engelberg gestellt. Eine bauliche intakte Strassenverbindung ist für diese Transporte unabdingbar. Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens wurden sämtliche involvierten Behörden und Amtsstellen zur

Stellungnahme eingeladen. Die Gemeinde Engelberg und auch die Amtsstellen begrüssen das vorliegende Dammprojekt. Eine intakte und sichere Strasse ist der Lebensnerv für die Bevölkerung, für den Tourismus und für das Gewerbe von Engelberg.

Die CVP-Fraktion sieht die Notwendigkeit für den Ersatz der Zentralbahnüberführung mit der Dammlösung und ist einstimmig für Eintreten und auch einstimmig für den Kantonsratsbeschluss zum Objektkredit von 1,5 Millionen Franken.

Albert Ambros, Giswil (SP): Es ist unumstritten, dass die Engelbergerstrasse der Lebensnerv für die Gemeinde Engelberg ist, und dass an dieser Brücke dringender Handlungsbedarf ist. Die Dammvariante ist eine gute Lösung. Am Bachlauf gibt es ökologisch eine grosse Aufwertung. Auch für Wanderer und Biker gibt es einen Durchgang und so müssen diese die Strasse nicht überqueren. Bei der jetzt bestehenden Brücke ist oft die Gefahr, dass sie vereist ist. Bei der Dammvariante ist das weniger die Gefahr. Sie ist daher verkehrssicherer.

Die SP-Fraktion und ich sind für Eintreten und stimmen dem Objektkredit zu.

Berchtold Bernhard, Sarnen (CSP): Selbstverständlich ist auch die CSP-Fraktion für Zustimmung zu diesem 1,5 Millionen Franken Projekt. Für Engelberg ist diese Strasse der Lebensnerv. Wenn diese Strasse unterbrochen ist, geht beim Tourismus in Engelberg nichts mehr. Eine Brückensanierung hätte nicht viel weniger gekostet und wäre viel aufwendiger gewesen. Bei dieser Variante kann man in ein, zwei Tagen die Strasse anschliessen und so kann der Verkehr meistens ohne Einschränkung laufen.

Für uns ist auch wichtig, dass bei der Unterführung für die Fussgänger und Biker ein Hinweis gemacht wird, dass diese nicht als Unterstand benutzt werden darf, weil die Unterführung in dieser Situation nicht mehr sicher wäre.

Federer Paul, Landammann (FDP): Alles Wichtige wurde erwähnt. Im Namen des Regierungsrats bitte ich Sie, dieser Vorlage zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

Matter Werner, Engelberg (CVP): Ich habe in diesem Bericht nichts über den Zustand der übrigen Bergstrasse gelesen. Es sind sehr viele Kunstbauten in diesem Strassenabschnitt, zum Beispiel bei der "Millionen-Kurve". Ist der Zustand besser als auf den

erschreckenden Bildern, welche wir in diesem Bericht gesehen haben?

Federer Paul, Landammann (FDP): Diese Frage kann ich nicht im Detail beantworten. Generell überprüft unser Werkhof dauernd die Instandhaltung unserer Strassen. Laufende Reparaturen werden über den Strassenunterhalt ausgeführt. Für die Engelbergerstrasse gibt es nicht nur Investitionen, wie sie uns hier vorliegen, sondern es gibt auch Unterhalt. Die kleinen Reparaturen werden über den Unterhalt bewerkstelligt. Es ist mir nicht bekannt, dass ein grösseres Bauwerk in diesem Abschnitt in nächster Zeit ein Thema im Kantonsrat sein wird.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 51 Stimmen ohne Gegenstimme wird dem Kantonsratsbeschluss über einen Objektkredit von 1,5 Millionen Franken für den Ersatz der Zentralbahnüberführung der Engelbergerstrasse, Abschnitt Grünenwald, Gemeinde Engelberg zugestimmt.

32.13.18

Kenntnisnahme des Geschäftsberichts der Interparlamentarischen Fachhochschulkomission (IFHK) der Hochschule Luzern (HSLU) 2013.

Bericht der IFHK vom 22. Oktober 2013.

Dieses Traktandum wird vor Traktandum Ziffer 4 behandelt.

Eintretensberatung

Wyrsch Walter, Referent IFHK, Alpnach (CSP): Mit der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) oder der Hochschule Luzern (HSLU), wie sie jetzt heisst, haben wir in der Region eine Hochschule, welche den Berufsbildungsweg krönt. In einer halben Stunde erreichen die meisten Obwaldnerinnen und Obwaldner mit dem öffentlichen Verkehr diese Schule. Das sind ausgezeichnete Verhältnisse, welche wir hier haben. Es ist ein grosses Glück, dass wir eine solche Hochschule in dieser Nähe haben.

Ich habe erwähnt, dass diese Schule den Berufsbildungsweg krönt. In diesem Punkt mache ich mir jedoch grosse Sorgen. Kürzlich habe ich die Zahlen, vom Rückgang der jungen Leute zwischen 12 und 16 Jahren von 2010 bis 2012 erhalten. Es ist deutlich, und es wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Ich frage mich ernsthaft, ob wir uns für die Berufsbildung genügend starkmachen. Dies war noch eine Bemerkung aber nun komme ich zum Bericht der Interparla-

mentarischen Fachhochschulkommission (IFHK). Das ist nicht zu verwechseln mit dem Jahresbericht der Fachhochschule Zentralschweiz oder Hochschule Luzern Die IFHK überprüft und kontrolliert den Auftrag der Hochschule. In diesem Bericht sehen Sie, bei allen Besuchen in den einzelnen Teilschulen in einer immer selben Struktur, die Antwort der Fragen, welche wir den Teilschulen stellen. Es geht darum, ob sie den Leistungsauftrag mit der Ausbildung, mit der Weiterbildung und mit der Forschung und Dienstleistungen erfüllen. Es geht darum, dass wir versuchen, einen genauen Einblick in die Verwendung der finanziellen Mittel. Letztlich auch um die Entwicklung der einzelnen Schulen.

Bei all diesen Besuchen zusammen mit Martin Ming konnten wir uns immer wieder überzeugen, dass wir eine ausgezeichnet geführte Fachhochschule haben und dass die einzelnen Abteilungen auch sehr gut aufgestellt sind.

Den Bericht muss ich Ihnen nicht vorlesen. Sie haben das Ergebnis der Kommission gesehen. Ich erlaube mir zwei abschliessende Bemerkungen. Seit dem 1. Januar 2013 haben wir eine neue Fachhochschulvereinbarung. Diese hat neue Rechtsstrukturen zur Folge gehabt. Dies hat für einzelne historisch gewachsene Schulen, grosse Umstellungen zur Folge gehabt. Zum Beispiel war die Schule für Soziale Arbeit eine Stiftung. Diese konnte ganz anders autonom wirtschaften und sind nun in ein Ganzes eingebunden. Ich persönlich finde es bemerkenswert, wie gut die Integration der einzelnen Teilschulen in das neue Ganze gut gelungen ist. Es wurde grosse Arbeit geleistet. Es ist eine tolle Sache.

Nun kann ich noch aus der Schule plaudern. Bei der letzten Sitzung vor circa zwei Wochen hatte mindestens ein luzerner Vertreter bauch- und zahnweh miteinander, weil das neue Departement Informatik nach Zug kommen wird.

Ich schliesse meine kurzen Ausführungen mit einem Kompliment und Dank an die Studierenden. Ganz viele junge Leute, auch aus Obwalden, absolvieren Studienund Ausbildungsgänge an der Hochschule Luzern. Von diesen sind ein grosser Teil, nebst dem Studium, noch teilzeitlich berufstätig um sich das Studium zu ermöglichen. Das ist eine tolle Sache. Wir haben viele verantwortungsbewusste junge Leute in Ausbildungen, welche ihre Aufgabe ganz gut erfüllen.

Ich bitte um Kenntnisnahme des Berichts.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 51 Stimmen ohne Gegenstimme wird vom Geschäftsbericht der Interparlamentarischen Fachhochschulkommission der Hochschule Luzern (HSLU) 2013 zustimmend Kenntnis genommen.

Ende der Vormittagssitzung: 11.55 Uhr

Beginn der Nachmittagssitzung: 13.30 Uhr

35.13.02

Kantonsratsbeschluss über einen Rahmenkredit für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen.

Bericht des Regierungsrats vom 30. April 2013; Zusatz-Bericht des Regierungsrats vom 10. Dezember 2013; Änderungsantrag der Kommisison für strategische Planungen und Aussenbeziehungen (KSPA) vom 7. Januar 2014.

Dieses Traktandum wird nach Traktandum Ziffer 4 behandelt.

Eintretensberatung

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Ich möchte Ihnen den Kulturlastenausgleich wieder einmal etwas näher bringen. Inzwischen sprechen die Leute auch von einem Kultursponsoring. Ich möchte es Ihnen überlassen, welchen Begriff Sie wählen.

Im Jahr 2008 hat der Kantonsrat den Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich von überregionalen Kultureinrichtungen beschlossen. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom Februar 2009 wurde dieser Kantonsratsbeschluss mit 52,5 Prozent Stimmen abgelehnt. Im Oktober 2010 beschloss der Regierungsrat, einen neuen Antrag vorzulegen. Dies sind die wichtigsten Punkte:

- Der Beitrag zum Konkordat ist nicht mehr Bestandteil des Beschlusses;
- Bei den Beiträgen handelt es sich um freiwillige Beiträge;
- Der jährliche Beitrag hat sich zwar nach den Vorgaben der Vereinbarung gerichtet. Es wurde jedoch eine Kürzung von 10 Prozent vorgenommen. Dies haben andere Kantone auch beschlossen. Der jährliche Beitrag von Fr. 450 000.-, minus 10 Prozent von Fr. 45 000.-, ergibt den Beitrag von Fr. 405 000.- pro Jahr. Dieser Rahmenkredit wurde für drei Jahre beschlossen und ist nun im Jahr 2013 ausgelaufen.

Gemäss des Berichts des Regierungsrats vom 30. April 2013 und dem Zusatzbericht vom 10. De-

zember 2013 soll der bisherige Rahmenkredit für die nächsten drei Jahre weiter geleistet und gleichzeitig um 20 Prozent erhöht werden. Im Grundsatz ist dieser Rahmenkredit nicht bestritten. Er dient der Entlastung der finaziellen Belastung der Standortkantone, dieser Kulturinstitutionen. Dies sind die Kantone Luzern und Zürich. Es handelt sich für uns um einen Leistungseinkauf im Bereich von zentral angebotenen Kulturleistungen. Das sind Leistungen, welche ein kleiner Kanton wie wir nicht erbringen kann.

Kommissionsarbeit

Im Juni 2013 hat sich die Kommission mit diesem Geschäft intensiv befasst. Sie ist damals auf dieses Geschäft eingetreten und hat beschlossen, den Begriff "zustimmend" im ersten Beschlusspunkt zu streichen. Im weiteren hat sie den Antrag um Beitragskürzung abgelehnt und schliesslich dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt. Nach dieser Diskussion hat die Kommission jedoch ein Zusatzbeschluss gefasst, dem Parlament den Antrag um Verschiebung des Geschäfts vorzulegen. An der Kantonsratssitzung vom 28. Juni 2013 wurde dieses Geschäft verschoben. Die Kommission war damals der Ansicht, dass sie nicht vorpreschen und die in Aussicht gestellten Zuschauerzahlen und die Entwicklung der Beitragszahlungen für das Jahr 2013 der Beitragskantone abwarten wolle. An der Kommissionssitzung vom 7. Januar 2014 hat die Kommission den Zusatzbericht des Regierungsrats beraten. Die Kommission kam dabei jedoch nicht zum selben Schluss wie der Regierungsrat. Die Besucherzahlen lagen allen Kommissionsmitgliedern vor. Die Entwicklung der Beiträge der Vereinbarungskantone wurde anlässlich der Sitzung aufgezeigt. Aufgrund dieser Unterlagen kam die Kommission zum Schluss, dem Regierungsratsantrag nicht zu folgen und dem

belassen. Die Kommission argumentiert dazu wie folgt: Die Zuschauerzahlen sind im Betrachtungszeitraum 2010 bis 2013 gegenüber den früheren Perioden ansteigend, bei einzelnen Häusern sogar massiv. Die Erhebung der Zuschauerzahlen, insbesondere im KKL, wo man die höchste Steigerung feststellen kann, eignet sich jedoch nicht für einen Vergleich. Dies, weil während der Betrachtungsperiode die Zählweise oder das Erfassungssystem geändert wurde. Vergleicht man zum Beispiel nur zwei Jahre, dann kann man feststellen, dass die Zahlen stagnieren oder sogar gesunken sind. Auch in anderen Häusern weisen die Veränderungen von Jahr zu Jahr kein eindeutiger Trend auf. Sie steigen von einem Jahr zum anderen ganz massiv, um im darauffolgenden Jahr wieder auf die Hälfte der Zuschauer zu fallen. Diese Zählweise und Statistiken eignen sich eigentlich nicht sonderlich gut

Parlament den Antrag zu stellen, den Beitrag zuguns-

ten von Luzern und Zürich auf der bisherigen Höhe zu

für die Beitragsfestlegung. Innerhalb dieses Kantons ist dies nun das Mass aller Dinge.

Bezüglich der Beitragszahlungen der anderen Kantone ist ein ähnliches Bild festzustellen. Die Beiträge der Kantone Uri und Schwyz steigen leicht an, jene von Zug sinken massiv und der Kanton Aargau sinkt um etwa zwei Prozent. Daraus hat die Kommission abgeleitet, dass die Zahlen für eine zwingende Beitragserhöhung sicher nicht ausreichen. Eine Beitragserhöhung konnte auch im Zusatzbericht nicht überzeugend begründet werden. Es wurden keine zwingenden Argumente hervorgebracht. Zudem muss festgestellt werden, dass der Kanton Obwalden der Vereinbarung nicht beigetreten ist, und die bisherigen Beiträge mit einem Blick auf die Vereinbarung der anderen Kantone, doch in freiwilliger Art und Weise festgelegt wurde. Aus dieser Optik ist es logisch, auch Beiträge für die nächste Periode frei zu bestimmen.

Die Kommission ist überzeugt, dass der Kanton Obwalden mit dem beantragten Beschluss die bisherigen Beiträge in gleicher Höhe für weitere drei Jahre zu leisten, weiterhin ein verlässlicher Partner ist. Sie sieht keine Notwendigkeit, die Beiträge zu erhöhen. Das Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Änderungen vom Antrag der KSPA zu den Beschlusspunkten eins und zwei wurden in der Kommission einstimmig gefällt. Das Geschäft wurde einstimmig verabschiedet.

Im Namen der Kommission und der FDP-Fraktion beantrage ich Ihnen, auf das Geschäft einzutreten und den Kommissionsantrag zu unterstützen.

Brunner Monika, Alpnach (CVP): Am 23. Oktober 2010 hat der Kantonsrat zum ersten Mal einem Rahmenkredit für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der überregionalen Kultureinrichtungen zugestimmt. Dieser Rahmenkredit wurde, wie es Kommissionspräsident Martin Ming aufgezeigt hat, für drei Jahre von 2010 bis 2013 gesprochen. Der Beitrag war mit dem Auftrag an den Regierungsrat verbunden, die Wirkung unserer finanziellen Beiträge zu überprüfen und mit den anderen Kantonen zu vergleichen.

Die vorberatende Kommission KSPA hat sich daher mit den Berichten des Regierungsrats detailliert auseinandergesetzt. Man hat enschieden, die aktuellen Besucherzahlen abzuwarten, um auch die Entwicklung der Kantone berücksichtigen zu können. Diese Zahlen liegen nun vor. Es zeigt sich, dass sich die Beiträge der Kantone, welche der Vereinbarung beigetreten sind, sich nur unwesentlich bewegen, das heisst bis maximal 7 Prozent, 4 Prozent nach unten oder 2,9 Prozent nach oben, verändert haben. Es ist daher sicher richtig, wenn der Kanton Obwalden den bisherigen Beitrag belässt und die rund Fr. 405 000.— den

Kantonen Luzern und Zürich für ihre überregionalen Kultureinrichtungen bezahlt.

Mit dem vorliegenden Kantonaratsbeschluss leisten wir einen fairen und gerechten Beitrag an die Ausgaben der Kantone. Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass dieser Beitrag, welcher wir an die überregionalen Kultureinrichtungen leisten, formell zwar freiwllig ist. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass er in einem engen Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton steht. Dieser sieht nähmlich vor, dass in Bereichen, in welchen die Kantone zuständig sind, eine vermehrte Zusammenarbeit gepflegt wird. Diese interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der Kultureinrichtungen mit überregionaler Bedeutung ist grundsätzlich mit dem Lastenausgleich verbunden. Diese Zusammenarbeit kann man sicher in verschiedenen Formen pflegen. Wir haben nun den Weg mit den freiwilligen Beiträgen gewählt. Wir gehen nur immer auf die verpflichteten Jahre ein, für welche wir sie auch beschliessen. Wir sind aber auch nicht dabei und können nicht mitsprechen, wie zum Beispiel, welche Zahlen man erheben möchte und wie der Kostenteiler dort erfolgt.

Im Namen der einstimmigen CVP-Fraktion beantrage ich Ihnen auf die Vorlage einzutreten und dem Kredit gemäss dem Antrag der KSPA zuzustimmen. Der CVP-Fraktion ist es sehr wichtig, dass sich der Kanton Obwalden solidarisch verhält und als verlässlicher Partner den Kontakt mit den Nachbarkantonen pflegt. Die Obwaldner sind keine Schmarotzer und Trittbrettfahrer, sondern Partner, der sich fair verhaltet und seinen Beitrag an Institutionen leistet.

Wechsler Peter, Kerns (CSP): Eine Gesellschaft charakterisiert sich auch durch ihr kulturelles Schaffen. Kulturelle Anlässe können Menschen verbinden, sie können unterhalten, sie können andererseits auch Fragen stellen, provozierend, selbst- oder systemkritisch sein.

Kultur – und dazu ist vieles zuzuordnen – ist für eine Gesellschaft von grosser Bedeutung, auch wenn einzelne kulturelle Angebote manchmal nur kleine Gruppen anzusprechen vermögen. Obwalden bietet eine breite Palette kultureller Angebote und eine grosse Zahl von Obwaldnerinnen und Obwaldnern besuchen diese Angebote. Da besteht aber auch ein Interesse an weiteren kulturellen Angeboten in der Zentralschweiz, insbesondere in Luzern, teilweise auch in der Stadt Zürich.

Diese Bedürfnisse werden auch in anderen Kantonen festgestellt. Dies war ja auch der Grund, warum diese interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen geschaffen wurde. Einige Kantone haben sich dieser Vereinbarung angeschlos-

sen. Andere, wie der Kanton Obwalden, bezahlen einen freiwilligen Beitrag.

Eine Periode von drei Jahren ist nun abgeschlossen und die Frage stellt sich, wie es weiter geht. Zwar haben die Besucherzahlen leicht zugenommen, allerdings mit einer eingeschränkten Aussagekraft. Andrerseits ist unser Beitrag ein freiwilliger, ist also nicht an Besucherzahlen gebunden, auch nicht an die Höhe der übrigen Zahlerkantone.

Wir können also nach eigenem Ermessen mehr oder weniger an diese ausserkantonalen Kulturlasten zahlen. Das macht die Aufgabe innerhalb unseres Parlaments aber nicht einfacher.

Sicherlich dürfen wir mit einer gewissen Genugtuung festhalten, dass die Kommission die bisherige Praxis, die bisherigen Zahlungen, nicht infrage stellt. Wir leisten unseren Beitrag an die Kulturlasten. Auch war sich die Kommission einig, dass die erhaltenen Aussagen über die Besucherzahlen nicht genügend aussagekräftig sind, um eine Anpassung nach oben zu machen. Die Kommissionsarbeit aber hat aufgezeigt, dass sich bei der Suche des richtigen Betrags eine gewisse Hilflosigkeit eingestellt hat. Woran soll sich unser freiwilliger Beitrag messen? In diesem Sinne darf auch der Entscheid der Kommission verstanden werden, den Beitrag der Vorperiode für die nächsten drei Jahre fortzusetzen.

Die CSP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der Kommission, nimmt die beiden Berichte des Regierungsrats zur Kenntnis und sagt Ja zum Rahmenkredit für die nächsten drei Jahre auf dem Niveau der Vorjahre

Seiler Peter, Sarnen (SVP): Der Regierungsrat plant gemäss seinem Bericht eine Erhöhung des freiwilligen Beitrages an ausserkantonalen Kultureinrichtungen. Begründet wird das Vorhaben mit den tendenziell gestiegenen Besucherzahlen aus Obwalden.

Die der vorberatenden unterbreiteten Zahlen sind zwar interessant zu lesen, können aber nicht als repräsentative Grundlagen dienen. Die Schwankungen in den meisten Institutionen könnten genauso gut von einzelnen beliebteren oder weniger beliebten Darbietungen abhängen. Aber auch wenn die Zahlen als Grundlage brauchbar wären, sind sie für uns nicht verbindlich, weil wir nicht Mitglied der Vereinbarung sind, sondern einen freiwilligen Beitrag zahlen.

Gemäss der Argumentation des Regierungsrats sollte unser Kanton nun aber mehr Geld bezahlen, wenn mehr Besucher aus unserem Kanton an den Veranstaltungen anzutreffen sind. So würden ja die Kulturhäuser gleich an zwei Quellen, bei den Eintrittspreisen und bei den Subventionen, mehr einnehmen. Wo liegt denn da die Logik, wenn mehr Obwaldnerinnen und Obwaldner Veranstaltungen der Kulturhäuser besu-

chen, welche sie mit ihren Eintrittskarten mitfinanzieren und darüber hinaus vom Kanton noch mehr Geld fliessen soll?

Dieses Argument habe ich schon in der ersten Kommissionssitzung eingebracht. Trotzdem wollte eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder an der Erhöhung festhalten.

An der zweiten Kommissionssitzung staunte ich nicht schlecht, als die damaligen Befürworter nun doch keine Erhöhung mehr vornehmen wollten. Eigentlich hat sich zwischen den beiden Sitzungen nicht viel verändert. Die nachgelieferten Präzisierungen von Besucherzahlen und anderen Kantonen vermochten nicht mehr oder weniger zu überzeugen als jene bei der ersten Sitzung.

Hat vielleicht unsere Ankündigung eines Referendums im Falle der Erhöhung Wirkung gezeigt? War es einigen Leuten zu riskant, mit der SVP-Fraktion kurz vor den Wahlen um die Erhöhung der Kulturbeiträge zu streiten, welche beim Stimmvolk schon einmal keinen Zuspruch gefunden hatten? Oder ist es die negative Nachricht gewesen, welche am gleichen Morgen in der Zeitung stand, dass wir die schon budgetierten drei Millionen Franken von der Nationalbank nicht erhalten werden und darum zu Ausgabendisziplin angehalten sind?

Was auch immer der Grund ist, es ist positiv, dass die Kommission den Beschluss gefasst hat, den Betrag auf dem bisherigen Niveau zu belassen.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Wir werden dem Änderungsantrag der Kommission zustimmen und sind damit für die Beibehaltung des bisherigen Rahmenkredites.

Wildisen Nicole, Sarnen (SP): Es gehört zu unserer Verantwortung, Kultur leben zu lassen und zu unterstützen. Es ist uns wichtig, dass insbesondere einheimische Kultur gefördert und unterstützt wird. Zudem braucht Luzern von uns eine finanzielle Unterstützung für seine kulturelle Zentrumsleistung. Obwalden hat bereits einen touristischen Zusammenschluss mit Luzern – da gehört der kulturelle Zusammenschluss auch dazu.

In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für Eintreten. Sie unterstützt einen Rahmenkredit für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen. Die SP-Fraktion stimmt auch dem Änderungsantrag der Kommission zu.

In der Zwischenzeit haben wir die Zahlen zu den Beiträgen von den anderen Kantonen erhalten. Daraus ergibt sich sehr wohl eine neue Ausgangslage. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, dass keiner dieser Kantone seine Beiträge wesentlich erhöht hat. Unser Beitrag soll eine Anlehnung an diese Vereinbarung sein. Aufgrund dieser Zahlen ist es richtig, dass wir mit der

132

bisherigen Beitragsmenge, so wie es auf dem Änderungsantrag der KSPA festgehalten ist, weiterfahren.

Enderli Franz, Regierungsrat (CSP): Das Geschäft Kulturlastenausgleich hat tatsächlich eine ganz besondere Geschichte, die wir alle kennen. Einige waren bereits dabei, als wir im Jahr 2009 darüber abstimmten. Wir haben uns entschieden, auf den Weg der freiwilligen Beiträge zu gehen. Dies alles im Kontext des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) und der Philosophie, dass wir zu Beitragszahlungen zumindest moralisch verpflichtet sind. Die Höhe der Beiträge wird immer ein Thema sein. Seitdem wir Beiträge an den freiwilligen Kulturlastenausgleich bezahlen, ist die Höhe der Beiträge immer ein wichtiges Thema. Wir haben eine Referenzgrösse, das ist die Vereinbarung, welcher wir nicht beigetreten sind und dies macht diese Angelegenheit etwas schwierig. Wir haben nun einerseits eine Vereinbarung, wo wir nicht dabei sind und andrerseits haben wir genau diese Vereinbarung als Referenzgrösse. Die Fr. 405 000.- wurden aufgrund dieser Vereinbarung definiert. Das ist ein gewisses Spannungsfeld, in welchem wir uns befinden. Das zeigt sich auch in unserer Debatte um den Kulturlastenausgleich.

Zu den Zahlen: Ich muss Ihnen ehrlich sagen, denken Sie nicht, dass ich mit diesen Zahlen, die wir erhalten haben, zufrieden bin. Aber es gibt keine anderen Erhebungen, sonst muss ich selber zählen gehen. Diese Zahlen wurden in den letzten Jahren verfeinert und man hat versuchte eine Vergleichbarkeit zu erzielen. Man probierte diese Zahlen auf einen Stand der Vereinbarung zu bringen. Wir sind jedoch bei dieser Vereinbarung nicht dabei und können daher nicht mitreden, wie die Zahlen erhoben werden sollen. Das gehört auch zu dieser Ausgangslage.

Dem Regierungsrat ist es ganz wichtig, dass wir auf dem Weg, den wir damals eingeschlagen haben, weiterfahren. Es wurde auch von allen Fraktionsspechern gesagt, dass wir auf diesem Weg weiterfahren wollen. Wenn ein Parlament so geschlossen, mit allen Fraktionen, auf diesem Weg gehen will mit dieser Zielrichtung, dann kann es nicht falsch sein. Wir sind ein Kanton, welcher den Beitritt zur Vereinbarung abgelehnt hat. Wir haben eine Geschichte mit dieser Vereinbarung. Wenn wir jetzt ein Bekenntnis ablegen und sagen, ja, wir wollen auf diesem Weg geschlossen weitergehen, dann ist das sogar eine solide Basis. Das ist ein Zeichen nach aussen für Verlass und die Bereitschaft, dass wir zahlen wollen.

Der Regierungsrat hat beschlossen, dass er an seinem Beschluss nicht festhält und ist froh, wenn Sie dem Antrag der Kommission zustimmen. Schumacher Hubert, Sarnen (SVP): Ich bin Präsident eines kantonalen Theatervereins und möchte mich daher als Kulturschaffenden bezeichnen. Ich schätze das kulturelle Engagement des Kantons sehr. Ich möchte ein Weg aufzeigen, wie es funktionieren könnte, beziehungsweise wie es bereits funktioniert. Der Kanton Obwalden hat hervorragende Künstler aus eigenen Reihen. Da zähle ich auch die Feldmusik Sarnen auf. Aus diesen Reihen stehen Musiker im Luzerner Symphonie Orchester (LSO) im Tonhalle-Orchester, Schauspieler auf der Bühne des Luzerner Theaters und auf der Bühne des Schauspielhauses. Das sind Künstler aus Obwalden, welche Botschafter sind. Diese Botschafter kommen aus eigenen Vereinen. Wenn wir es fertigbringen, unsere eigene Kultur zu stärken, sodass wir mit Leistungsträgern in den grossen Häusern eine Visitenkarte abgeben können, dann besuchen auch viele Obwaldner diese Institutionen. Ich kann dies selber bezeugen, weil ich jemanden kenne, der dort mitmacht.

Nun kommt noch etwas anderes dazu. Wir, zum Beispiel das Märlitheater, profitieren von dieser Zusammenarbeit, welche bilateral zwischen dem Stadttheater und uns funktioniert. Das gelingt deshalb, weil wir vom Kanton einmal eine Starthilfe erhalten haben und darüber bin ich auch froh. Ich bin der Ansicht, dass dies der richtige Weg ist, wenn man die Kultur, wie sie hier wächst, weiter unterstützt. Dies der günstigere Weg, weil man dann die Häuser in Luzern und Zürich mit Besucherzahlen aus Obwalden beglücken kann.

Eintreten ist unbestritten und damit beschlossen.

Detailberatung

Amstad Christoph, Sarnen (CVP): Ich habe diese Statistiken studiert und habe Rechnungen angestellt, wie es andere Ratsmitglieder auch tun.

Der Zuwachs im KKL ist für mich nicht nachvollziehbar, weil man eine andere Zählweise der Besucherzahlen angewandt hat. Daher habe ich den Anstieg weggenommen. Es gäbe dann nur noch einen Anstieg von acht Prozent der Besucher. Bei den Zürcher Institutionen sind die Besucherzahlen so klein, dass es gar nicht repräsentativ ist.

Zur Statistik auf Seite zwei: Dort gilt es festzuhalten, wie es Kommissionspräsident Martin Ming erwähnt hat, dass es jährlich sehr grosse Schwankungen gibt. Ich habe den neuen Beitrag, welchen man sprechen möchte, mit der Anzahl Besucher dividiert. Das gibt für die Luzerner Kulturhäuser rund Fr. 100.— pro Obwaldner Besucherin oder Besucher. Jede achte Obwaldnerin oder Obwaldner besucht das KKL. Bei den Zürcher Kulturhäusern wäre es sogar ein Beitrag von Fr. 260.— pro Obwaldner Person. Jede zweite Obwaldner Person

besucht einmal im Jahr ein Zürcher Kulturhaus. Das Volk hat zu diesem Beitrag Nein gesagt und für mich ist eine Beitragserhöhung jetzt nicht gegeben. Daher unterstütze ich den Antrag der Kommission. Zum Thema Statistik möchte ich Ihnen Folgendes zitieren: "Eine Statistik ist wie ein Bikini, schön anzusehen aber das Interessanteste bleibt einem verborgen."

Ziffer 1

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Die Kommission möchte einerseits mit der Änderung von Ziffer 1 den Zusatzbericht zu diesem Geschäft aufnehmen, welcher der Regierungsrat zu diesem Geschäft gemacht hat und andrerseits ist das Wort "zustimmend" zu streichen. Warum wollen wird das Wort "zustimmend" streichen? Man kann diesem Bericht so nicht zustimmen. Es gibt keine Fakten, welche belegen, dass der Beschluss des Regierungsrats exakt davon abgeleitet ist. Wir möchten das Wort "zustimmend" streichen.

Dem Antrag der Kommission wird nicht opponiert.

Ziffer 2

Ming Martin, KSPA-Präsident, Kerns (FDP): Bei Ziffer 2 muss man wieder den Betrag einsetzen, welchen wir bisher geleistet haben und bei den Prozentzahlen haben wir "circa" eingesetzt. Wenn man nachrechnet, kommt man nicht auf die Zahlen von Luzern und Zürich. Das kommt daher, weil man Rundungen vorgenommen hat und dann stimmen diese Zahlen nicht mehr ganz genau. Die Differenz beträgt etwa Fr. 1500.—, die an einem Ort zusätzlich und am anderen Ort weniger wären.

Dem Antrag der Kommission wird nicht opponiert.

Rückkommen wird nicht verlangt.

Schlussabstimmung: Mit 50 Stimmen ohne Gegenstimme (bei 1 Enthaltung) wird dem Kantonsratsbeschluss über einen Rahmenkredit für die Jahre 2014 bis 2016 von maximal 1,215 Millionen Franken für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen zugestimmt.

II. Parlamentarische Vorstösse

54.13.10

Interpellation betreffend Schliessung Schiessplatz und Truppenlager Glaubenberg.

Eingereicht von Amstad Christoph und Mitunterzeichnende am 5. Dezember 2013; Beantwortung des Regierungsrats vom 14. Januar 2014;

54.13.11

Interpellation betreffend angekündigte Aufgabe des Ausbildungsstandortes und Truppenlagers Langis-Glaubenberg durch den Bund per 2017.

Eingereicht von Schumacher Hubert und Mitunterzeichnende am 5. Dezember 2013; Beantwortung des Regierungsrats vom 14. Januar 2014.

Gemäss Artikel 25 Absatz 3 Geschäftsordnung können Geschäfte und Vorstösse, welche den gleichen Gegenstand betreffen, miteinander beraten werden. Demzufolge werden beide Interpellationen miteinander beraten.

Amstad Christoph, Sarnen (CVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Inhaltlich hätte ich mir eine ausführlichere Antwort gewünscht oder erwartet. Mit der nachfolgenden Pressemitteilung wurde dann detaillierter informiert und konkret, wurden die weiteren Schritte des Kantons aufgezeigt. Als ich im Radio von der Schliessung vernahm, hat mir ein wenig das Kämpferherz des Regierungsrats gefehlt. Es weckte den Anschein, dass man den Entscheid der Schliessung einfach ohne Gegenwehr annimmt. Das hat mich dazu bewogen, diese Interpellation einzureichen.

Es ist mir natürlich auch bewusst, dass der Flugplatz in Alpnach und die Militärpolizei in Sarnen einen viel grösseren wirtschaftlichen Stellenwert haben als die Truppenunterkunft auf dem Glaubenberg. Trotzdem gibt es auch dort Betroffene. Für diese muss man sich auch einsetzen. Es handelt sich um eine Randregion, welche unter anderem sehr stark vom Militär profitiert. Darum ist es wichtig und sinnvoll, dass sich der Kanton zusammen mit der Gemeinde Sarnen gegen die Schliessung einsetzt. Zur nachhaltigen Nachfolgelösung hätte ich mir die eine oder andere Idee seitens des Regierungsrats gewünscht, die man bereits hätte erwähnen können. Sei es eine touristische, sportliche Nutzung oder allenfalls im Asylbereich. Ich weiss auch, dass man die Kosten nicht genau berechnen kann. Ich hätte mir dennoch ein paar Zahlen dazu gewünscht. Ich war auch im Militär und unter anderem auch im Truppenlager auf dem Glaubenberg und weiss, wieviel Geld man ausgibt, wenn man immer Pausen hat.

Wenn man von mehr als 40 000 Personentagen spricht, macht das auch ein paar Hundertausend Franken aus.

Ich bin mit dem Vorgehen einverstanden und danke dem Regierungsrat für das Engagement in dieser Sache.

Schumacher Hubert, Sarnen (SVP): Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Der Kanton hat im Rahmen einer Vernehmlassung bis Ende Januar 2014 Zeit, seine Argumente und Standpunkte für den Erhalt und weiteren Betrieb des Schiessplatzes Glaubenberg und der Truppenunterkunft Glaubenberg darzulegen. In der Medienmitteilung Nummer drei des Regierungsrats, vom 22. Januar 2014 schreibt der Regierungsrat: "Gleichzeitig setzt er (der Regierungsrat), sich dafür ein, dass der Bundesrat die geplante Schliessung des Schiessplatzes Glaubenberg und der Truppenunterkunft nochmals überprüft." Zwar kenne ich die detaillierten Inhalte der bereits erfolgten Orientierungen und Verhandlungen zwischen dem Kanton und dem Eidgenössichen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) nicht. Der Wortlaut der Medienmitteilung lässt den Schluss zu, dass wir Obwaldner vielleicht zuwenig hartnäckig für den Erhalt des Schiessplatzes und des Truppenlagers kämpfen.

Obwalden ist und war schon immer dem VBS gutgesinnt, das lässt sich nicht nur aus den Abstimmungsresultaten der Vergangenheit dokumentieren, wenn es um Anliegen des VBS ging. Dieser Umstand, und die Tatsache, dass Obwalden für das VBS ein verlässlicher Partner ist, muss unbedingt verstärkt als Argument ins Feld geführt werden, wenn es darum geht, den weiteren Betrieb des Schiessplatzes mit dem Truppenlager auf Langis-Glaubenberg zu fordern. Für mich geht es darum:

- 1. Den Standort Obwalden zu stärken und zu fördern;
- Alles Machbare für den Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen im Kanton Obwalden zu unternehmen;
- 3. Die Infrastruktur nicht zu zerstören, sondern weiter zu unterhalten und zu betreiben;
- 4. Die vorhandene Kompetenz mit Flugplatz und militärischer Sicherheit sinnvoll durch den Erhalt des Truppenlagers zu ergänzen:
- 5. Dies ist mir ein ganz wichtiges Anliegen: Unserem Gewerbe, unseren Bäckern, Metzgern, Getränkeherstellern und Lieferanten den Rücken zu stärken. Denn über 40 000 Übernachtungen sind ein bedeutender Wirtschaftszweig. Der Tourismus wäre froh, wenn er soviele Übernachtungen auf einen Schlag mehr hätte.

In diesem Sinne bitte ich den Regierungsrat, zusammen mit unseren eidgenössischen Parlamentariern mit

Nachdruck und der nötigen "Lautstärke", sich für den weiteren Betrieb des Truppenlagers und des Schiessplatzes Glaubenberg einzusetzen. Meine Unterstützung haben sie auf sicher.

Gasser Pfulg Esther, Landstatthalter (FDP): Ich habe gehört, dass der Regierungsrat ein zu wenig grosses Kämpferherz habe. Der Kanton Obwalden kann sehr wohl kämpfen, aber er kann jedoch auch Situationen realistisch einschätzen. Der Regierungsrat möchte nichts unversucht lassen. Deshalb hatte er auch mit den nationalen Parlamentariern Kontakt. Wir haben den Bund ersucht, dass er nochmals auf seinen Beschluss zurückkommen solle. Allerdings muss man auch erwähnen, dass das VBS einen Parlamentsbeschluss zu folgen hat. Sie kennen diesen Beschluss:

- 100 000 Armeeangehörige;
- Ein Budget von 5 Milliarden Franken;
- Ein Drittel aller Liegenschaften sind zu streichen.

Das betrifft nicht nur den Kanton Obwalden. Wir waren mit anderen Regierungsräten in Bern und jeder einzelne Kanton hat es betroffen. Da muss man die Situation auch realistisch einsehen. Wir werden kämpfen, aber wir wollen Ihnen nicht Sand in die Augen streuen und sagen, dass es schon gut kommt. Es wird ganz hart werden und wir müssen der Realität ins Auge schauen. Was die Zahlen betrifft: Wir haben Ihnen alles mitgeteilt, was wir seriös erarbeiten können. Alles andere wäre rein hypothetisch.

Es wird keine Diskussion verlangt.

54.13.12

Interpellation betreffend sanierte Schwanderstrasse – ein Flickwerk mit Steuergeldern.

Eingereicht von Lussi Hampi und 22 Mitunterzeichnenden am 4. Dezember 2013; Beantwortung des Regierungsrats vom 14. Januar 2014.

Lussi Hampi, Kägiswil (Sarnen) (CVP): Ich danke dem Regierungsrat und dem zuständigen Departement für die ausführliche Antwort. Es ist eine für eine sehr seriöse und kompetente Arbeit. Die aufgelisteten Massnahmen zeugen davon, dass man dies akribisch an die Hand genommen hat. Man hat die Mängelrügen rechtzeitig gemacht. Ich bin von der Arbeit vom Strasseninspektoriat überzeugt.

Dennoch ist die Erledigung einer solchen Garantiearbeit nicht ganz einfach. Es braucht viel Zeit und Energie. Bei dieser Interpellation wollte ich vor allem, dass die Garantiearbeiten ohne Kostenfolge für die Steuerzahler erledigt werden können. Ich weiss, dass es ganz schwierig ist, mit grossen Unternehmungen Garantiearbeiten zu erledigen. Es ist mir auch wichtig –

es hat mich am Mittag ein Kollege darauf aufmerksam gemacht – es ist nicht der Bauunternehmer, sondern der Belagsunternehmer, welcher betroffen ist.

Ich bin froh, wenn die Garantiearbeiten im Frühling erledigt werden.

Nebenbei habe ich jedoch festgestellt, dass eine kompetente Antwort nicht per Telefon erledigt werden kann und ich danke dem zuständigen Amt für die Arbeit.

Federer Paul, Landammann (FDP): Ich danke für die Dankesworte und diesen Dank leite ich zum Strasseninspektorat weiter. Beim Tiefbauunternehmer sind Fehler passiert. Es können immer Fehler passieren und das gibt immer Diskussionen. Das braucht Zeit und das ist auch aus der Antwort ersichtlich.

Es wird keine Diskussion verlangt.

Ratspräsident Küchler Urs, Kägiswil (Sarnen) (CVP): Bitte reservieren Sie sich Samstag-Nachmittag, 24. Mai 2014. Ich darf Sie an diesem Tag nach Kägiswil zum Behördentag einladen.

Wenn ich zum Fenster hinaus blicke, sehe ich beim Coiffeur Fanger den "Lälli". Das ist die Figur der Sarner-Fasnachtsgesellschaft. Ich wünsche Ihnen eine schöne närrische Zeit. Jene, die keine Fasnacht machen, ein paar schöne Tage auf den Skis oder an der Sonne. Kommen Sie gesund wieder von der Fasnacht zurück. Ich freue mich schon auf die nächste Kantonsratssitzung am 20. März 2014. Dann werden wir ein lang gehegtes Geschäft beraten.

Schluss der Sitzung: 14.15 Uhr.

Im Namen des Kantonsrats

Kantonsratspräsident:

Küchler Urs

Ratssekretärin:

Frunz Wallimann Nicole

Das vorstehende Protokoll vom 30. Januar 2014 wurde von der Ratsleitung des Kantonsrats an ihrer Sitzung vom 16. April 2014 genehmigt.